



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Finanzkommission

An den Grossen Rat

08.5168.01

Basel, 2. Juni 2008

Kommissionsbeschluss
vom 29. Mai 2008

Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt

Den Mitgliedern des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zugestellt am 4. Juni 2008

Inhalt

1	AUSGANGSLAGE	5
1.1	Auftrag	5
1.2	Vorgehen	5
1.3	Mitglieder der Finanzkommission	5
2	LAGE DER STAATSFINANZEN	6
2.1	Staatsrechnung 2007	6
2.1.1	Übersicht	6
2.1.2	Ertrag	7
2.1.3	Aufwand	8
2.1.4	Ordentlicher Nettoaufwand	9
2.1.5	Investitions- und Finanzierungsrechnung	9
2.1.6	Bilanzkennzahlen	10
2.1.7	Prüfung der Finanzkontrolle	11
2.2	Einschätzung und Ausblick der Finanzkommission	11
3	ALLGEMEINE THEMEN	16
3.1	Personalaufwand	16
3.1.1	Generelle Entwicklung	16
3.1.2	Zeitguthaben	17
3.1.3	Pensionskasse	18
3.2	Debitorenbewirtschaftung	21
3.3	Finanzvermögen	22
3.4	Verwertungsmanagement	24
3.5	Neue Berichterstattung	26
4	SPEZIFISCHE THEMEN	28
4.1	Baudepartement	28
4.1.1	Überblick	28
4.1.2	Abfallwesen	28
4.1.3	Abwasserrechnung	29
4.2	Erziehungsdepartement	30
4.2.1	Überblick	30
4.2.2	St. Jakobshalle	30
4.2.3	Sport-Toto-Fonds	32
4.3	Finanzdepartement	33
4.3.1	Überblick	33
4.3.2	Dreispietzverwaltung	33
4.3.3	Immobilien	34
4.4	Gesundheitsdepartement	35
4.4.1	Überblick	35
4.4.2	Neue Spitalfinanzierung	36
4.5	Justizdepartement	37
4.5.1	Überblick	37
4.5.2	Strafvollzug	37
4.5.3	Vermögen von Bevormundeten	38
4.6	Sicherheitsdepartement	39
4.6.1	Überblick	39
4.6.2	Busseneinnahmen	39
4.6.3	Sicherheit	40
4.7	Wirtschaft- und Sozialdepartement	41
4.7.1	Überblick	41
4.7.2	Sozialbereich	41
4.8	Gerichte	43
5	ANTRAG AN DEN GROSSEN RAT	44

GROSSRATSBESCHLUSS	45
ANHANG 1: DRINGLICHE KREDITBEWILLIGUNGEN 2007	46
ANHANG 2: REVISIONSBERICHTE FINANZKONTROLLE 2007	47
ANHANG 3: STATUSBERICHTE 2007	50

Abkürzungen

A&L	(Massnahmenpaket zur Reduktion der) Aufgaben und Leistungen
Abs.	Absatz
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALM	Asset- und Liability-Management
BLPK	Basellandschaftliche Pensionskasse
BVB	Basler Verkehrs-Betriebe
bzw.	beziehungsweise
CHF	Schweizer Franken
CMS	Christoph Merian Stiftung
DRG	Diagnosis Related Groups
EU	Europäische Union
Euro 08	Fussball-Europameisterschaften 2008
GO	Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates
GPK	Geschäftsprüfungskommission
IBS	Immobilien Basel-Stadt
inkl.	inklusive
IT	Informationstechnik
IV	Invalidenversicherung
IWB	Industrielle Werke Basel
KVA	Kehrichtverwertungsanlage
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (<i>Projektbezeichnung</i>)
ONA	Ordentlicher Nettoaufwand
PK	Pensionskasse
PKBS	Pensionskasse Basel-Stadt
REDAG	Regionale Entsorgung Dreiländereck AG
SRH	Schweizerische Rheinhäfen
UKBB	Universitäts-Kinderspital beider Basel
USB	Universitätsspital Basel
vgl.	vergleiche
ZLV	Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr (<i>ehemaliger Name von IBS</i>)
ZRD	Zentrale Raumdienste (<i>Projektbezeichnung</i>)

1 Ausgangslage

1.1 Auftrag

Die Finanzkommission des Grossen Rats legt hiermit ihren Bericht zur Rechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt gemäss § 37 Abs. 1 und § 68 Abs. 1 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) vor. Die Sachkommissionen des Grossen Rats haben auf Mitberichte gemäss § 37 Abs. 1 GO verzichtet.

1.2 Vorgehen

Am 28.3.2008 hat das Finanzdepartement der Finanzkommission einen Vorabdruck des Jahresberichts 2007 sowie sämtliche sechsstelligen Kontopositionen der Laufenden Rechnung aller Dienststellen zugestellt. Die Finanzkommission prüfte die Staatsrechnung im Rahmen einer Klausursitzung am 2./3.4.2008. Dabei standen ihr vom Finanzdepartement Regierungsrätin Eva Herzog, Peter Schwendener (Leiter Finanzverwaltung) und Thomas Riedtmann (Departementssekretär) für Erläuterungen zur Verfügung. Überdies präsentierte die Finanzkontrolle, vertreten durch deren Leiter Daniel Dubois und dessen Stellvertreter Dieter von Allmen, ihre Revisionsfeststellungen. Auf dieser Basis führte die Finanzkommission zwischen dem 21.4.2008 und dem 24.4.2008 Hearings mit den Vorsteherinnen und Vorstehern aller Departemente durch.

Die Finanzkommission dankt den Mitgliedern des Regierungsrats, den Beteiligten aus der Verwaltung sowie der Finanzkontrolle für die konstruktive und offene Zusammenarbeit. Sie fasst im vorliegenden Bericht ihre wichtigsten Erkenntnisse zur Staatsrechnung 2007 zusammen. Für weitere Details sei auf den Jahresbericht des Regierungsrats verwiesen.

1.3 Mitglieder der Finanzkommission

Die Finanzkommission setzte sich bei der Ausarbeitung des vorliegenden Berichts wie folgt zusammen (mit Departementsverantwortlichkeit):

- | | |
|----------------------------|---------------------------------------|
| ▪ Baschi Dürr | Präsident |
| ▪ Jürg Stöcklin | Vizepräsident, Sicherheitsdepartement |
| ▪ Mustafa Atici | Gesundheitsdepartement II |
| ▪ Susanna Banderet-Richner | Gesundheitsdepartement I |
| ▪ Hans Baumgartner | Erziehungsdepartement I |
| ▪ Annemarie von Bidder | Baudepartement I |
| ▪ Conradin Cramer | Justizdepartement und Gerichte |
| ▪ Alexander Gröflin | Wirtschafts- und Sozialdepartement |
| ▪ Greta Schindler | Baudepartement II |
| ▪ Urs Schweizer | Finanzdepartement |
| ▪ André Weissen | Erziehungsdepartement II |
| ▪ Niklaus Wunderle | Kommissionssekretär |

2 Lage der Staatsfinanzen

2.1 Staatsrechnung 2007

2.1.1 Übersicht

Der Saldo der Laufenden Rechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt weist bei einem Ertrag von CHF 4,2 Mrd. und einem Aufwand von CHF 3,9 Mrd. (ohne Ausfinanzierung Pensionskasse) einen Überschuss von CHF 378,6 Mio. aus. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verbesserung um CHF 191,4 Mio., verglichen mit dem Budget eine solche um CHF 324,6 Mio. Allerdings führt die Ausfinanzierung der Pensionskasse Basel-Stadt (vgl. Kapitel 3.1.3) zu einem negativen Finanzierungssaldo von CHF 496,7 Mio. (vgl. Tabelle 2-1). Um die Auswirkungen der Ausfinanzierung der Pensionskasse transparent zu machen, sind in Tabelle 2-1 die Eckwerte mit und ohne Ausfinanzierung der Pensionskasse ausgewiesen.

Saldo Laufende Rechnung bei CHF 379 Mio. – negativer Finanzierungssaldo wegen Ausfinanzierung der Pensionskasse

Tabelle 2-1: Eckwerte der Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt

in Mio. CHF	Rechnung 07 mit Ausfinanzierung PK	Rechnung 07 ohne Ausfinanzierung PK	Budget 07	Rechnung 06	Abweichung Rechnung 07 ohne Ausf. PK zu	
					Rechnung 06	Budget 07
Ertrag ¹	5'260,1	4'245,2	3'866,3	3'979,8	6,7%	9,8%
Aufwand ¹	4'881,5	3'866,6	3'812,3	3'792,6	2,0%	1,4%
Saldo Laufende Rechnung	378,6	378,6	54,0	187,2	102,3%	601,3%
+ Abschreibungen Verwaltungsvermögen	224,8	224,8	221,6	250,2	-10,2%	1,4%
+/- Veränderung zweckgeb. Eigenkapital	-931,9	83,0	0,0	667,6		
Selbstfinanzierung	-328,6	686,3	275,6	1'105,1		
./. Saldo Investitionsrechnung	168,1	168,1	236,4	226,7	-25,9%	-28,9%
Finanzierungssaldo	-496,7	518,2	39,2	878,4		
Selbstfinanzierungsgrad (in Prozent)	-195,5	408,3	116,6	487,4		
Investitionsrechnung						
Ausgaben	263,3	263,3	296,9	309,9	-15,0%	-11,3%
Einnahmen	52,9	52,9	60,5	81,1	-34,8%	-12,5%
Nettoinvestitionen	210,4	210,4	236,4	228,8	-8,0%	-11,0%
Veränderung Darlehen / Beteiligungen Verwaltungsvermögen	-42,3	-42,3	0,0	-2,1		
Saldo Investitionsrechnung	168,1	168,1	236,4	226,7	-25,9%	-28,9%
Nettoschulden	2'801,5	1'786,6	2'265,6	2'304,8		
Nettoschuldenquote (in Promille)	5,6	3,6	4,5	4,7		

¹ Ohne interne Verrechnungen (jeweils CHF 46,9 Mio.)

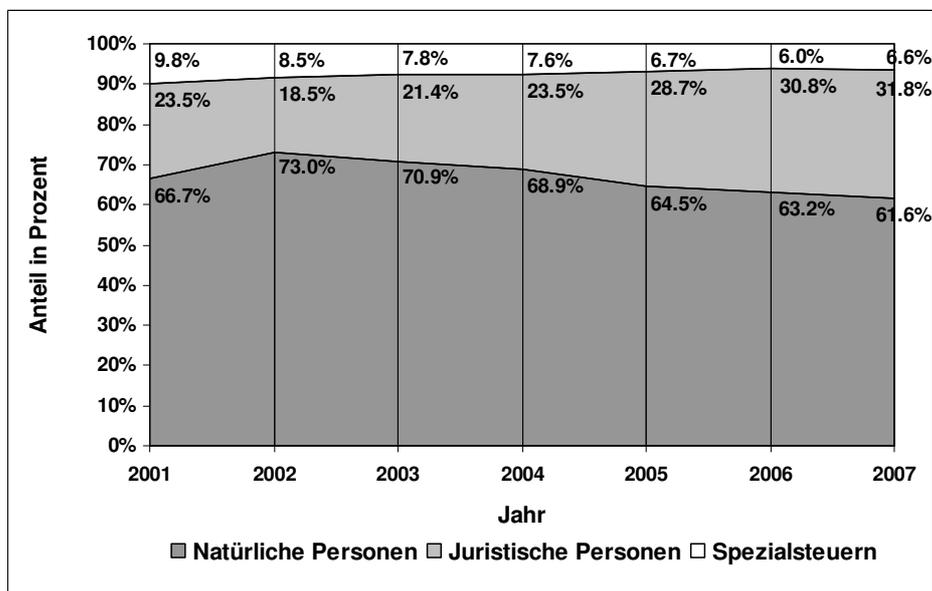
2.1.2 Ertrag

Der Gesamtertrag des Kantons (ohne interne Verrechnungen; ohne Ausfinanzierung Pensionskasse) beträgt CHF 4'245,2 Mio. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von CHF 265,4 Mio. oder 6,7%¹. Der Mehrertrag gegenüber dem Budget liegt bei CHF 378,9 Mio. bzw. 9,8%.

Der Anteil der Steuereinnahmen am gesamten Ertrag bleibt mit rund 58% konstant. Über zwei Drittel des das Budget überschreitenden Ertrags ist den Steuereinnahmen zu verdanken. Die Steuereinnahmen von juristischen Personen erreichen mit einer Summe von CHF 781,6 Mio. und einem Anteil von 31,8% am gesamten Steuerertrag erneut Rekordwerte (vgl. Grafik 2-1). Die Steuereinnahmen von natürlichen Personen steigen um 3,7% und überschreiten damit erstmals die Grenze von CHF 1,5 Mrd. Das Budget 2007 enthält einen um CHF 50,0 Mio. reduzierten Steuerertrag als Korrektur aus den von der Finanzkontrolle geforderten Abgrenzungen der Steuervorauszahlungen auf das jeweilige Steuerjahr. Weil diese Korrektur aber bereits in der Rechnung 2006 vorgenommen worden ist, sind die im Budget 2007 eingestellten Beträge zu tief. Die ausgewiesenen Erträge der beiden Jahre 2006 und 2007 beruhen indes auf den gleichen Grundlagen.

Steuereinnahmen von juristischen Personen erneut auf absoluter und relativer Rekordhöhe

Grafik 2-1: Anteil der Steuerkategorien am Gesamtsteuerertrag



Der Vermögensertrag nimmt um 14,3% auf CHF 271,9 Mio. zu. Die Liegenschaftserträge erhöhen sich in erster Linie dank den Mieterträgen der Universität um CHF 34,5 Mio. Während die Gewinnablieferung der

¹ Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich alle Abweichungen auf die Staatsrechnung 2006.

Basler Kantonalbank (inkl. Verzinsung Dotationskapital) etwas steigt, sinken die Abgaben der IWB (inkl. Kapitalzins) leicht. Bei den Entgelten, die um CHF 51,3 Mio. oder 5,1% zunehmen, sind höhere Erträge unter anderem bei der Mehrwert- und Förderabgabe sowie bei den Busseneinnahmen (vgl. Kapitel 4.6.2) zu verzeichnen.

Die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse via Spezialfinanzierung (vgl. Kapitel 3.1.3) führt zu einer so genannten Entnahme aus Spezialfinanzierungen von einmalig CHF 1'014,9 Mio. Diese wird durch eine Gegenbuchung im Personalaufwand in der Laufenden Rechnung wieder neutralisiert. Weil die Abfallrechnung immer noch defizitär ist (vgl. Kapitel 4.1.2), müssen zur Deckung des Defizits weitere CHF 4,6 Mio. der entsprechenden Spezialfinanzierung entnommen werden.

*Entnahmen aus
Spezialfinanzie-
rungen von über
CHF 1 Mrd.*

2.1.3 Aufwand

Der Aufwand (ohne interne Verrechnungen; ohne Ausfinanzierung Pensionskasse) liegt mit CHF 3'866,6 Mio. um CHF 74,0 Mio. oder 2,0% über dem Vorjahreswert bzw. um CHF 54,3 Mio. oder 1,4% über dem Budget. Der Personalaufwand, die grösste Aufwandsposition, verändert sich vor allem aufgrund struktureller Verteuerungen (vgl. Kapitel 3.1.1), der neuen Praxis bei der Verbuchung der Zeitguthaben (vgl. Kapitel 3.1.2) sowie der Neuregelung der Pensionskasse (vgl. Kapitel 3.1.3).

Der Sachaufwand steigt um 11,1% oder CHF 62,7 Mio. auf CHF 628,8 Mio. Rund 40% des Mehraufwands sind auf die erwähnten Zeitguthaben zurückzuführen (vgl. Kapitel 3.1.2). Auch die Aufwendungen für den Unterhalt von Informatik, Mobiliar und Einrichtungen nehmen zu. Demgegenüber sinken die Kosten für Energie – nicht zuletzt dank eines sehr milden Winters. Auch tragen die Bemühungen um entsprechende Optimierungen Früchte: Über die letzten vier Jahre haben sich die Heizkosten trotz Preiserhöhungen für Gas und Fernwärme um rund 50% gesamtstaatlich um über 10% reduziert.

*Neue Praxis bei
Verbuchung von
Zeitguthaben er-
höht Personal- und
Sachaufwand*

Minderaufwendungen bei den Emissions- und Bankgebühren ergeben sich durch den – wegen der hohen Liquidität möglich gewordenen – Verzicht auf geplante Geldaufnahmen. Die Schuldzinsen nehmen um CHF 29,9 Mio. auf CHF 81,7 Mio. nochmals deutlich ab, der Durchschnittszinssatz der konsolidierten Schulden reduziert sich von 3,7% auf 3,2%.

*Schuldzinsen wei-
ter reduziert*

Bei den Liegenschaften im Finanzvermögen fallen nicht budgetierte Abschreibungen von CHF 51,4 Mio. an (vgl. Kapitel 4.3.3). Überschritten wird das Budget auch bei den Debitorenverlusten (vgl. Kapitel 3.2). Positiv gestaltet sich indes die Entwicklung bei der Sozialhilfe, deren Aufwand zu Lasten des Kantons den Vorjahreswert um CHF 10,3 Mio. und das Budget um CHF 21,6 Mio. unterschreitet (vgl. Kapitel 4.7.2).

*Entlastung bei
Sozialhilfe*

2.1.4 Ordentlicher Nettoaufwand

Der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) ist die wichtigste Steuerungsgrösse des Regierungsrats. Er entspricht dem Saldo aus Aufwand und Ertrag je Dienststelle und Departement und zeigt damit die strukturelle Ausgabenentwicklung. Der ONA des Gesamtkantons beträgt 2007 CHF 2'092,2 Mio. und liegt damit 3,6% unter dem Budget und 0,2% über dem Wert des Vorjahres. Damit setzt der Regierungsrat seinen 2006 definierten Kurs fort, die ordentlichen Nettoausgaben höchstens mit dem Bruttoinlandprodukt der Schweiz wachsen zu lassen. Gemäss Schätzungen hat das nominale Bruttoinlandprodukt in der Schweiz 2007 um knapp 4%, im Kanton Basel-Stadt um über 4% zugenommen.

ONA wächst langsamer als Bruttoinlandprodukt

2.1.5 Investitions- und Finanzierungsrechnung

Die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen liegen mit CHF 210,4 Mio. um CHF 18,4 Mio. unter dem Vorjahr und um CHF 26,0 Mio. unter dem Budget. Im Investitionsbereich Bildung wird der Plafond von CHF 40,2 Mio. mit Ausgaben von CHF 41,5 Mio. leicht überschritten. In den vier übrigen Investitionsbereichen liegen die Ausgaben unter den budgetierten Werten, am deutlichsten beim Öffentlichen Verkehr mit einer Ausschöpfungsquote von 65,2% (vgl. dazu den Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rats zum Jahresbericht 2007 Öffentlicher Verkehr).

Investitionsbudget nicht ausgeschöpft

Die hohe Bauteuerung, die 2006 zahlreiche Projekte über Budget abschliessen liess, hat sich jüngst etwas entspannt. So sind die Baupreise 2007 gemäss Baukostenindex des Bundesamts für Statistik in der Nordwestschweiz etwas weniger stark gestiegen als in der Gesamtschweiz. Die künftige Entwicklung zu prognostizieren bleibt allerdings schwierig, da die Bauteuerung nicht nur von der lokalen Nachfrage, sondern auch von den Rohstoffpreisen abhängt. Das Baudepartement hat der Finanzkommission aber versichert, diese Entwicklung heute besser im Griff zu haben als in den Jahren zuvor, als die Verantwortlichen von der Bauteuerung verschiedentlich überrascht worden waren.

Bauteuerung besser im Griff

Auf Anregung der Finanzkommission hat das Finanzdepartement die Investitionsübersichtsliste (Seite 103ff des Jahresberichts) mit einer zusätzlichen Spalte ergänzt, die Auskunft über den Abrechnungsstatus sämtlicher Projekte gibt. Dies erhöht den Informationsgehalt der Investitionsübersichtsliste. Gleichzeitig werden die Verantwortlichen angehalten, die Investitionsvorhaben möglichst innert Jahresfrist abzurechnen und allfällige Abweichungen zu begründen. Abgeschlossene, aber noch nicht abgerechnete Vorhaben bleiben neu auf der Investitionsübersichtsliste stehen.

Mehr Informationen auf Investitionsübersichtsliste

2.1.6 Bilanzkennzahlen

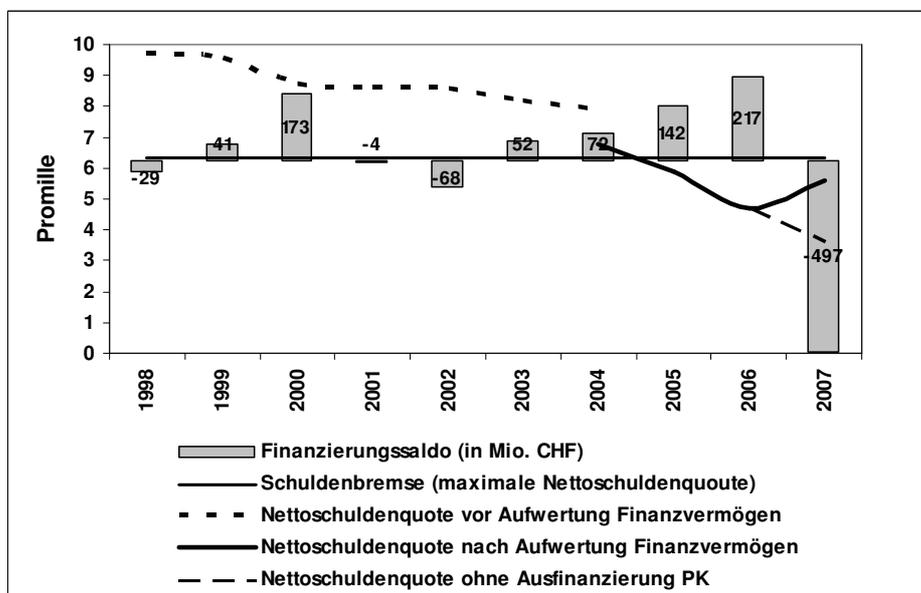
Ohne Ausfinanzierung der Pensionskasse hätten die Nettoschulden (Bruttoschulden abzüglich Finanzvermögen) um CHF 518,2 Mio. abgenommen, die Nettoschuldenquote (Nettoschulden im Verhältnis zum Schweizer Bruttoinlandsprodukt) wäre auf 3,6 Promille gesunken (vgl. Tabelle 2-1 und Grafik 2-2). Die Ausfinanzierung der Pensionskasse lässt die Nettoschulden indes um CHF 496,7 Mio. auf CHF 2'801,5 Mio. und die Nettoschuldenquote auf 5,6 Promille steigen. Letztere liegt damit aber noch immer deutlich unter der gemäss Schuldenbremse zulässigen Quote von 7,5 Promille.

Steigende Nettoschulden wegen Ausfinanzierung der Pensionskasse

Nachdem der Kanton per Ende 2006 zum ersten Mal seit Jahrzehnten über ein positives Eigenkapital verfügt hat, wird dieses per Ende 2007 wegen der Ausfinanzierung der Pensionskasse wieder leicht negativ. Indes ist der Gewinn- bzw. Verlustvortrag, gleichsam der Kern des kantonalen Eigenkapitals, mit CHF 137,1 Mio. erstmals positiv. Die hohen Saldi in den Laufenden Rechnungen der letzten Jahre haben damit das zuvor angehäuften negative Eigenkapital inzwischen mehr als kompensiert. Demgegenüber wiegen sich die Sonderfaktoren Aufwertung Immobilien Finanzvermögen (plus CHF 0,8 Mrd. in den Jahren 2006 und 2007) und Ausfinanzierung Pensionskasse (minus CHF 1,0 Mrd. im Jahr 2007) nicht ganz auf. Unter dem Strich verfügt der Kanton per Ende 2007 über ein Eigenkapital von minus CHF 35,7 Mio.

Eigenkapital wieder im negativen Bereich

Grafik 2-2: Finanzierungssaldi und Nettoschuldenquote



Anmerkung: Finanzierungssaldo 2006 exklusive Aufwertung Immobilien im Finanzvermögen; 2007 inkl. Ausfinanzierung Pensionskasse

2.1.7 Prüfung der Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle hat die Staatsrechnung gemäss § 3 des Finanzkontrollgesetzes geprüft und per 30.4.2008 ihren umfassenden Erläuterungsbericht zuhanden der Finanzkommission und des Regierungsrats verabschiedet. Sie macht unter anderen folgende Feststellungen:

- Die wichtigste Qualitätssteigerung gegenüber den Vorjahren ist die erstmalige Konsolidierung des Jahresabschlusses der IWB in der Staatsrechnung (vgl. Jahresbericht, Seite 90ff). Dem Grossen Rat wird neu diese konsolidierte Rechnung zur Genehmigung vorgelegt. Die Einschränkung in den Bestätigungsberichten der Vorjahre wird damit hinfällig. Die Bewertung der Anlagen der IWB beruht allerdings nicht auf den Grundsätzen, die für den Kanton gelten.
- Die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse wird in der Laufenden Rechnung neutralisiert (vgl. Kapitel 3.1.3). Gemäss den kantonalen Rechnungslegungsvorschriften müssten aber zumindest die Arbeitgeberbeiträge erfolgswirksam verbucht werden. Da der Grosse Rat indes über die buchhalterische Abwicklung der Pensionskassen-Sanierung ins Bild gesetzt worden ist, die Finanzkommission dieser explizit zustimmt hat und die Sanierungsbeiträge der Versicherten effektiv erst über die nächsten Jahre abgegolten werden, sieht die Finanzkontrolle von einer Einschränkung ab.
- Die vollständige Abgrenzung aller Zeitguthaben (vgl. Kapitel 3.1.2) führt zu einer deutlichen Verbesserung der Qualität des Abschlusses. Allerdings gestaltet sich die Kostensatzberechnung der Zeitguthaben in den Departementen zum Teil noch unterschiedlich.
- Auch bei Vollständigkeit, Bruttoprinzip sowie Inkasso von Forderungen (vgl. Kapitel 3.2) stellt die Finanzkontrolle Verbesserungen fest. Indes besteht beim Inkasso verschiedener – vor allem grösserer – Dienststellen noch immer Verbesserungspotenzial.

Finanzkontrolle über Konsolidierung der IWB in Staatsrechnung befriedigt

Qualität des Abschlusses weiter verbessert

Der Bestätigungsbericht der Finanzkontrolle findet sich auf Seite 94f des Jahresberichts. Die Finanzkontrolle empfiehlt, die Staatsrechnung 2007 zu genehmigen.

2.2 Einschätzung und Ausblick der Finanzkommission

Die Finanzkommission stellt fest, dass sich die Staatsrechnung 2007 einfacher als die Abschlüsse der beiden Vorjahre beurteilen lässt. Auf die Staatsrechnungen 2005 und 2006 haben sich verschiedene Sonderfaktoren – Rückstellungen und Abschreibungen im Zusammenhang mit der Pensionskasse sowie der Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), Aufgabentransfers zwischen den Departementen sowie der einmalige Erlös aus dem Goldverkauf der Schweizerischen Nationalbank – auf teilweise

Weniger Sonderfaktoren in Staatsrechnung 2007

mehreren Positionen ausgewirkt. In der Staatsrechnung 2007 sind lediglich die finanziell zwar bedeutsamen, buchhalterisch aber einfach auszuscheidenden Sonderpositionen Auslagerung Universität und Ausfinanzierung Pensionskasse (vgl. Kapitel 3.1.3) zu verzeichnen. Neue Sonderfaktoren zeichnen sich sodann in der Rechnung 2008 aufgrund der Einführung der NFA und im Budget 2009 wegen der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation ab.

Die Finanzkommission ist über den Rechnungsabschluss 2007 sehr erfreut. Die Tendenzen der zu Ende gehenden Legislatur – deutlich wachsende Einnahmen aus Steuern zum einen, eine zurückhaltende Ausgabenentwicklung zum anderen – haben sich 2007 weiter akzentuiert. Klammert man die Ausfinanzierung der Pensionskasse aus, resultiert ein positiver Finanzierungssaldo von CHF 518,2 Mio. Mit 12,5% der gesamten Ausgaben von Laufender und Investitionsrechnung fällt dieser Wert gar höher aus als die bisherigen Höchststände während des Ersten Weltkriegs. Auch unter Berücksichtigung des tiefen und damit kaum nachhaltigen Investitionsvolumens – die Höhe der Nettoinvestitionen liegt 11,0% unter dem Budget und 8,0% unter dem Vorjahr – schliesst die Staatsrechnung ausserordentlich gut ab. Die Tatsache, dass der Kanton neu einen Gewinn- statt einen Verlustvortrag ausweist, dokumentiert dies eindrücklich. Die Nettoschuldenquote hat sich – unter Ausklammerung der Aufwertung der Immobilien im Finanzvermögen sowie der Ausfinanzierung der Pensionskasse – seit 2003 in etwa halbiert. Die Finanzkommission dankt dem Regierungsrat und den Angestellten des Kantons, die diesen Abschluss ermöglicht haben.

*Finanzkommission
erfreut über
Abschluss 2007*

Die 2007 anhaltend starke Konjunktur hat nicht nur die Steuereinnahmen von juristischen Personen, sondern auch jene von natürlichen Personen deutlich steigen lassen. Letztere verzeichnen mit 3,7% die stärkste Zunahme seit 1999. Besonders eindrücklich schlägt sich die bis Mitte 2007 gute Verfassung der Finanz- und Immobilienmärkte bei den Vermögens-, den Erbschafts- und Schenkungs- sowie den Grundstück(gewinn)steuern nieder.

*Gute Konjunktur
wirkt sich auf alle
Steuerkategorien
positiv aus*

Die Finanzkommission begrüsst, dass der ONA – trotz der allein buchhalterisch begründeten Zusatzbelastung durch die Rückstellungen für Zeitguthaben im Betrag von CHF 30,7 Mio. – nominal praktisch auf Vorjahresniveau verharrt und real gar sinkt. Die so berechnete Staatsquote reduziert sich weiter. Dies gilt knapp auch, wenn die Mehreinnahmen aus Gebühren für Amtshandlungen, Benützungen und Dienstleistungen in der Höhe von insgesamt CHF 5,4 Mio. herausgerechnet werden – allerdings nicht mehr unter Ausklammerung der um CHF 4,4 Mio. gestiegenen Busseneinnahmen (vgl. Kapitel 4.6.2) und vor allem der ebenfalls ONA-relevanten Auflösung der Pensionskassen-Reserven in der Höhe von CHF 41,7 Mio. (vgl. Kapitel 3.1.3).

Zurückzuführen ist diese Entwicklung unter anderem auf die Umsetzung der praktisch letzten A&L-Massnahmen. Den Schlussbericht zu den A&L-Massnahmen hat das Finanzdepartement der Finanzkommission definitiv per 31.10.2008 in Aussicht gestellt.

*A&L-Massnahmen
praktisch voll-
ständig umgesetzt*

Was die strukturelle Entwicklung des ONA anbelangt, hat die Finanzkommission in ihrem Bericht zum Budget 2007 festgestellt, dass

der grösste Teil des zusätzlichen Aufwands (...) bei den Personalausgaben an[fällt], obwohl der Personalbestand 2007 gemäss Budget erneut leicht reduziert werden soll. Neben der Teuerung werden 2007 für den Stufenanstieg zum ersten Mal seit 2001 zusätzliche Mittel eingestellt. Auch die Erhöhung der Kinderzulagen sowie ein Grossteil der so genannten Schwerpunktmassnahmen im Bildungsbereich kommt dem Personal zugute, ohne dass die Leistungen des Kantons entsprechend ausgebaut werden.

Diese Effekte finden in der Staatsrechnung 2007 nun ihren Niederschlag im strukturell um rund CHF 25 Mio. gestiegenen „ordentlichen“ Personalaufwand (vgl. Kapitel 3.1.1). Immerhin hat die Finanzkommission festgestellt, dass sich dieser Trend im Budget 2008 nicht fortsetzt. Auch entlasten verschiedene andere Positionen den ONA nachhaltig. Namentlich zeigt sich die Finanzkommission sehr erfreut darüber, dass sich 2007 der Nettoaufwand des Kantons für die Sozialhilfe nach einer langen Periode stetigen und steilen Wachstums reduziert hat (vgl. Kapitel 4.7.2).

*Strukturell höherer
Personalaufwand*

Die Qualität der kantonalen Buchführung verzeichnet weitere Fortschritte. In der Frage der Konsolidierung der Rechnung der IWB in die Staatsrechnung haben sich Regierungsrat und Finanzkontrolle auf eine sinnvolle Lösung geeinigt und sind damit auch einem Anliegen der Finanzkommission nachgekommen. Weitgehend erfüllt ist auch die Forderung nach einer einheitlichen Verbuchungspraxis der Zeitguthaben der Kantonsangestellten (vgl. Kapitel 3.1.2). Nicht zuletzt begrüsst die Finanzkommission, dass der Regierungsrat die derzeit sehr gute Verfassung der Kantonsfinanzen transparent darstellt, diese also nicht aus polittaktischen Gründen durch die Bildung von Rückstellungen oder offenen und verdeckten Reserven zu relativieren versucht.

*Transparente
Buchführung –
Forderungen
der Finanzkommission erfüllt*

Der Blick in die Zukunft aber stimmt die Finanzkommission skeptischer. Generell scheint sich die Konjunktorentwicklung auf hohem Niveau abzuflachen. 2007 wuchs die Basler Wirtschaft real um 3,9% und damit zwar schneller als diejenige sämtlicher anderer Kantone, aber um rund einen Drittel langsamer als im Vorjahr. Die aktuellen Finanzmarktverwerfungen dürften sich in diesen Zahlen erst am Rand widerspiegeln. Aber schon heute ist absehbar, dass der bisherige Steuerertrag der UBS in zweistelliger Millionenhöhe 2008 und allenfalls auch 2009 entfallen wird. Gleichwohl dürfte die Finanz- und Hypothekarmarktkrise den Kanton Basel-Stadt weniger treffen als etwa den Kanton und vor allem

*Abflachende Kon-
junktur trübt Blick
in die Zukunft*

die Stadt Zürich. Am Rhein kommt für über die Hälfte des Steuerertrags von Unternehmen die chemisch-pharmazeutische Industrie auf, während die Finanzbranche „nur“ rund einen Fünftel entrichtet. Basel hängt damit zwar ähnlich stark wie Zürich von einer bestimmten, jüngst allerdings konjunkturresistenteren Branche ab.

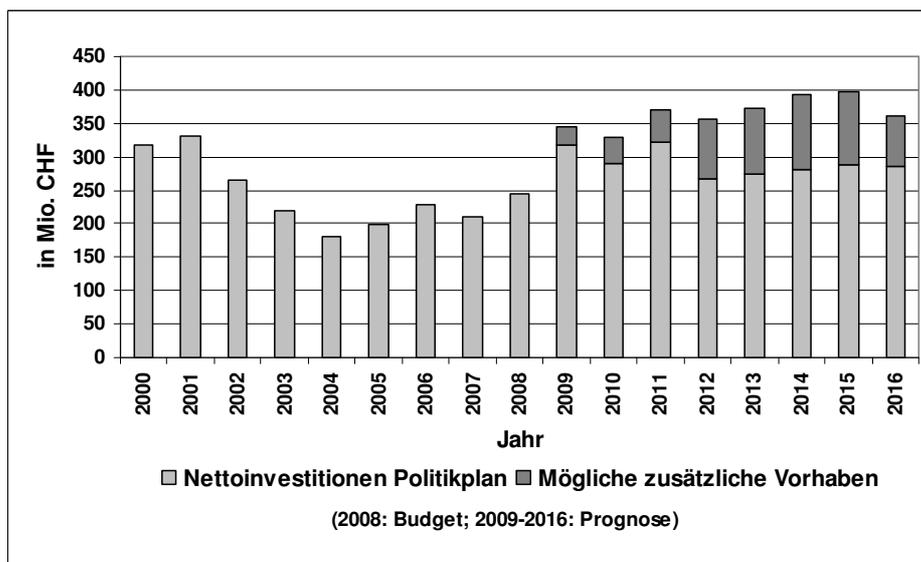
Allerdings werden sich die vom Grossen Rat am 13.12.2007 beschlossenen Steuersenkungen auf die nächsten Rechnungsabschlüsse auswirken. Aktuelle Schätzungen gehen für das Jahr 2009 von einem Effekt von rund CHF 170 Mio. aus.

Steuersenkungen belasten Rechnung 2009

Auch rechnet die Finanzkommission auf der Ausgabenseite mit verschiedenen Mehrbelastungen. Das Investitionsvolumen dürfte in den nächsten Jahren deutlich steigen (vgl. mögliche zusätzliche Vorhaben in Grafik 2-3). Besonders bei der Universität (Campus Schällemätteli/Volta) und der Fachhochschule sowie im Investitionsbereich Gesundheit (Sanierung Universitätsspital, Neubau Geriatriespital) ist der mittelfristige Investitionsbedarf ausserordentlich hoch.

Steigender Investitionsbedarf im nächsten Jahrzehnt

Grafik 2-3: Überblick über die Nettoinvestitionen



Mehrbelastungen sind auch in der Laufenden Rechnung möglich. Namentlich im Bereich der Anstellungsverhältnisse des Kantonspersonals sowie der Kinderbetreuung und der Schulen stehen verschiedene Forderungen sowie Absichtserklärungen des Regierungsrats im Raum. Ferner ist schwierig abzuschätzen, wie sich die jüngst deutlich anziehende Teuerung auf die Kantonsrechnung auswirken wird.

Auch wenn der Regierungsrat zuversichtlich bleibt, die Nettoschuldenquote in den nächsten Jahren zumindest stabil und damit die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, rät die Finanzkommission zur Vorsicht. Es wäre falsch, gerade im mutmasslichen Herbst der aktuellen

Finanzdisziplin darf nicht gelockert werden

Entwicklung die bisherige Finanzdisziplin zu lockern. Allfällige Forderungen auf sowohl der Ertrags- als auch der Aufwandsseite dürfen nicht allein vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation beurteilt werden, sondern müssen der mittel- und langfristigen Stärkung des hiesigen Wohn-, Lebens- und Arbeitsorts dienen. Nachhaltig stabile Staatsfinanzen sind dabei gleichzeitig Bedingung und Resultat.

3 Allgemeine Themen

3.1 Personalaufwand

3.1.1 Generelle Entwicklung

Klammert man die Folgen der neuen Pensionskassenregelung – Ausfinanzierung Deckungslücke und Auflösung Reserven (vgl. Kapitel 3.1.3) – sowie die neue Praxis bei der Verbuchung der Zeitguthaben (vgl. Kapitel 3.1.2) aus, beträgt der Personalaufwand insgesamt CHF 1'644,6 Mio., was CHF 17,9 Mio. bzw. 1,1% über dem Vorjahrswert ist. Gleichzeitig sinkt der Headcount um 0,6% auf 11'657 Vollzeitstellen (alle Angaben ohne IWB).

Strukturelle Erhöhung des Personalaufwands

Der um den Headcount bereinigte Anstieg des Personalaufwands von 1,7% bzw. rund CHF 25 Mio. lässt sich zum grössten Teil mit den strukturellen Personalverteuerungen erklären, die die Finanzkommission bereits in ihrem Bericht zum Budget 2007 festgestellt hat. Neben dem Teuerungsausgleich von CHF 6,2 Mio. schlägt sich in der Rechnung auch der Stufenanstieg nieder. Die Departemente haben hierfür 2007 zum ersten Mal seit 2001 eine Vorgabenerhöhung von insgesamt CHF 7,1 Mio. erhalten, was der Hälfte des Bruttoeffekts des Stufenanstiegs entspricht. Ein grosser Teil der verbleibenden Differenz ist auf die zusätzliche Budgeterhöhung von CHF 4,2 Mio. zurückzuführen, die dem Erziehungsdepartement für die „generell gestiegenen Lektionenkosten“ bei den Schulen zugesprochen worden ist. Sie kann ebenfalls vor allem mit den Auswirkungen des Stufenanstiegs erklärt werden.

Die Finanzkommission hat bei der Behandlung des Budgets 2008 im Detail untersucht, warum sich der theoretisch rechnungsneutrale Stufenanstieg derzeit nicht selbst kompensiert und wie die generell steigenden Lohnkosten erklärt werden können. Sie hat dabei festgehalten, dass

Stufenanstieg nicht rechnungsneutral

die tiefen Kompensationsraten [des Stufenanstiegs] in einem gewissen Zusammenhang mit den A&L-Massnahmen gestanden haben dürften. Der Personalstopp bzw. -abbau in zahlreichen Dienststellen führte zwischenzeitlich zu einem dienstälteren und damit teureren Personalbestand. Diese Entwicklung scheint nun auszulaufen. Der Stufenanstieg und die Teuerung vermögen allerdings die gestiegenen Lohnkosten seit 2003 nicht vollständig zu begründen. Es bleibt ein Zuwachs von 0,2% bis 0,4%, der mit anderen Faktoren – namentlich den beschleunigten Stufenanstiegen sowie einem generell gestiegenen Lohnniveau – erklärt werden muss. Das steigende Lohnniveau (...) erklärt sich die Finanzkommission unter anderem mit der Tatsache, dass Neuanstellungen oft auf einem höheren Ni-

veau erfolgen (...). Die Finanzkommission fordert die Departemente und Dienststellen auf, diese Entwicklung im Auge zu behalten.

Insgesamt schlagen diese Faktoren im Budget 2008 allerdings nur noch mit CHF 6,4 Mio. zu Buche – deutlich weniger als im Budget und in der Rechnung 2007. Die Finanzkommission geht davon aus, dass sich der abflachende Trend auch in der Staatsrechnung 2008 sowie im Budget 2009 fortsetzen wird.

Die Finanzkommission ist erfreut, dass mit der neuen Berichterstattung (vgl. Kapitel 3.5) die Angaben über die im Headcount erfassten Mitarbeitenden erstmals mit jenen ausserhalb des Headcounts – Personen in Ausbildung oder auf unterjährigen, weiter verrechneten bzw. Kreditstellen – zusammengeführt worden sind. Sie wünscht, dass die Anzahl der Angestellten ausserhalb des Headcounts künftig auch im Jahresvergleich dargestellt wird.

Genauere Information über Mitarbeiterbestand

3.1.2 Zeitguthaben

In der Vergangenheit haben Finanzkommission und Finanzkontrolle verschiedentlich die unterschiedliche Praxis bei der Verbuchung der Zeitguthaben der Kantonsangestellten kritisiert. Generell sind vier Kategorien von Zeitguthaben zu unterscheiden:

Zeitguthaben erstmals einheitlich erfasst

- Ferienguthaben (inkl. Dienstaltersgeschenke)
- Überstunden (angeordnet; mit Zuschlag)
- Überzeit (Guthaben aus gleitender Arbeitszeit)
- Schichtbonus (wird als Überzeit gutgeschrieben)

Mit der Rechnung 2007 werden erstmals nach praktisch einheitlichen Vorgaben Rückstellungen für alle Zeitguthaben der Angestellten des Kantons gebildet – unabhängig davon, ob diese ausbezahlt oder kompensiert werden. In der Bilanz des Kantons erhöhen sich die entsprechenden Rückstellungen deshalb von CHF 53,7 Mio. auf CHF 88,0 Mio. Die Zeitguthaben, die auf das Jahr 2007 zurückgehen (CHF 8,8 Mio., wovon CHF 5,4 Mio. aufgrund der neuen Praxis), sind als Personalaufwand verbucht, Guthaben, die früher entstanden und bisher nicht abgegrenzt worden sind (CHF 25,3 Mio.), als ausserordentlicher Sachaufwand.

Rückstellungen für Zeitguthaben von CHF 88 Mio.

Insgesamt verzeichnen die Kantonsangestellten (ohne IWB und Behörden/Allgemeine Verwaltung) per Ende 2007 Zeitguthaben von 919'380 Stunden; pro Vollzeitstelle sind dies gemessen am Headcount 79 Stunden. Die Werte schwanken zwischen 30 Stunden (Erziehungsdepartement, allerdings ohne Lektionenguthaben der Lehrpersonen) und 142 Stunden (Sicherheitsdepartement). Die Werte der übrigen Departemente liegen zwischen 80 und 120 Stunden.

Zeitguthaben pro Vollzeitstelle bei knapp 80 Stunden

Erfreulich wertet die Finanzkommission, dass die Zeitguthaben 2007 in mehreren Departementen abgenommen haben. Alle Departemente sind gemäss Auskunft gegenüber der Finanzkommission bestrebt, die Zeitguthaben weiter abzubauen. Die Führungsverantwortlichen sind angewiesen, die Zeitguthaben ihrer Mitarbeitenden zu überwachen und Möglichkeiten zu finden, diese zu reduzieren. Da die Zeitguthaben nun zwingend rechnungs- bzw. ONA-relevant sind, besteht dafür auch ein finanzieller Anreiz. Allerdings ist es vor allem in kleinen Dienststellen kein einfaches Unterfangen, einmal aufgelaufene Zeitguthaben bei konstanten Personalressourcen und gleich bleibender oder zunehmender Dienstleistungsqualität wieder abzubauen. Geprüft werden müssen deshalb auch organisatorische Massnahmen. Nicht zuletzt verzeichnen auch 1'523 Mitarbeitende Unterstunden – was in der Staatsrechnung übrigens keinen Niederschlag findet. Gegenüber der Finanzkommission hat im Zusammenhang mit der Überzeit kein Departement angeführt, dass es dahingehend über zu wenig Mitarbeitende verfüge, dass die Vorgaben für den Personalaufwand erhöht werden müssten.

*Bestrebungen
zum Abbau von
Zeitguthaben*

Wenn absehbar ist, dass sich Zeitguthaben auch längerfristig nicht abbauen lassen, werden solche in Einzelfällen auf Basis der Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung ausbezahlt. Zur Aufrechterhaltung des Betriebs werden Zeitguthaben auch bei Austritten oder Pensionierungen in der Regel finanziell abgegolten. Die Finanzkommission weist darauf hin, dass die Tatsache, dass neu sämtliche Zeitguthaben rechnungswirksam zurückgestellt werden, nicht dazu führen darf, dass die ausbezahlte Überzeit zunimmt.

*Auszahlung von
Zeitguthaben muss
Ausnahme bleiben*

Eine ausserordentliche Situation ergibt sich 2008 durch die Euro 08. Der Regierungsrat hat eine Ausnahmeregelung zur Kompensation von während der Euro 08 entstehenden Überstunden beschlossen. Diese sieht vor, dass die jeweilige Dienststelle eine finanzielle Abgeltung der geleisteten Überstunden bereits im laufenden Jahr vornehmen kann. Weiter kann von den in der Arbeitszeitverordnung festgelegten Fristen zur Kompensation dieser Mehrleistungen durch Freizeit abgewichen werden. Die Finanzkommission kann die Notwendigkeit dieser Spezialregelung nachvollziehen.

*Ausnahmerege-
lung für Euro 08*

3.1.3 Pensionskasse

Das vom Grossen Rat am 27.6.2007 beschlossene neue Pensionskassengesetz ist zwar erst per 1.1.2008 in Kraft getreten, wirkt sich aber bereits deutlich auf die Staatsrechnung 2007 aus. Da die Verpflichtung des Kantons zur Ausfinanzierung der Pensionskasse per 1.1.2008 spätestens mit Ablauf der Referendumsfrist des neuen Pensionskassengesetzes bekannt gewesen waren, sind per 31.12.2007 entsprechende Rückstellungen gebildet worden. Die Finanzkommission erachtet die

*Hohe Rückstellun-
gen aufgrund
Revision der
Pensionskasse*

dadurch entstandene einmalige hohe Belastung der Staatsrechnung per 2007 – und nicht per 2008 – als korrekt.

Konkret sind per 31.12.2007 für die Ausfinanzierung der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) CHF 1'379,3 Mio. zurückgestellt worden – zum einen durch die bis Ende 2006 gebildeten Rückstellungen zur Finanzierung der Pensionskassen-Garantieverpflichtung in der Höhe von CHF 364,4 Mio., zum anderen durch eine Belastung des Personalaufwands 2007 von CHF 1'014,9 Mio. Letztere wird in der Laufenden Rechnung durch eine Entnahme aus Spezialfinanzierungen neutralisiert, was wiederum in der Bilanz Niederschlag in den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital findet. Die Rückstellungen werden 2008 zugunsten einer Auszahlung an die Pensionskasse wieder aufgelöst.

Dieses Konstrukt stellt die Umsetzung des politischen Willens des Grossen Rats sicher, die Ausfinanzierung der Pensionskasse sowohl seitens der Versicherten als auch des Arbeitgebers zeitlich zu staffeln und sie gleichzeitig der Schuldenbremse zu unterstellen. Die neu geschaffene Spezialfinanzierung im Eigenkapital untersteht – im Gegensatz zu Spezialfinanzierungen im Fremdkapital – der Schuldenbremse und wird während der nächsten rund 20 Jahre über die Laufende Rechnung wieder abgebaut.

Spezialfinanzierung untersteht Schuldenbremse

Da dieses Vorgehen den Grundsätzen der Rechnungslegung widerspricht, hat es die Finanzkontrolle kritisch hinterfragt. Die Finanzkommission nahm dazu in ihrem Bericht zum Budget 2008 wie folgt Stellung:

Die Finanzkommission geht mit der Finanzkontrolle einig, dass die professionellen und im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlich hohen buchhalterischen Grundsätze des Kantons nicht jeder politischen Opportunität weichen sollten. (...) Allerdings betrachtet sie die Sanierung der Pensionskasse als Geschäft von ausserordentlich hoher finanzieller und politischer Bedeutung, dessen buchhalterische Abwicklung – was sonst nie der Fall ist – sogar Teil des betreffenden Ratschlags und der politischen Diskussion war. Deshalb erklärt sich die Finanzkommission mit der Schaffung der Spezialfinanzierung Pensionskasse einverstanden.

Aufgrund dieser Erwägungen sieht die Finanzkontrolle in ihrem Bestätigungsbericht zur Staatsrechnung 2007 (vgl. Kapitel 2.1.7) von einer Einschränkung ab.

Finanzkontrolle sieht von Einschränkung ab

Die Finanzkommission hält fest, dass der im Ratschlag vorgesehene Betrag von CHF 1'300 Mio. zur Ausfinanzierung der Pensionskasse nicht ausgereicht hat. Der Deckungsgrad der PKBS ist 2007 von 78,6% auf 76,9% gesunken – eine Folge vor allem der ungenügenden Performance. Die Neuverschuldung übersteigt die ursprünglich angenommene Höhe von netto CHF 935,6 Mio. um CHF 79,3 Mio. Arbeitgeber und Versicherte teilen sich diesen Mehraufwand je hälftig. Das neue Pensi-

Mehraufwand wegen gesunkenem Deckungsgrad

onkassengesetz stützt dieses Vorgehen. Es hält in den Übergangsbestimmungen folgendes fest:

§ 56¹ *Zur Erhöhung des Deckungsgrades leistet der Kanton Basel-Stadt eine Einmaleinlage in der Höhe des per Wirksamkeit dieses Gesetzes im Bereich Staat bestehenden und nach anerkannten Grundsätzen berechneten Fehlbetrages, mindestens jedoch 1300 Mio. Franken.*

Diesem Mehraufwand steht ein Minderaufwand von CHF 41,7 Mio. gegenüber. Die 2007 gemäss bisheriger Praxis neu geäußerten Reserven für Verpflichtungen aus dem alten Pensionskassengesetz übersteigen die notwendigen Mittel und werden erfolgswirksam im Personalaufwand aufgelöst.

Die Finanzkommission hat ferner geprüft, wie sich die berufliche Vorsorge bei den in den letzten Jahren ausgegliederten Institutionen präsentiert:

- BVB: Die Pensionskasse der BVB wird seit 2006 in einem Anschlussvertrag bei der PKBS geführt. Die Versicherten verfügen über den identischen Leistungsplan wie das Staatspersonal. *Gleicher Leistungsplan für Angestellte der BVB*
- Universität: Im Staatsvertrag mit dem Kanton Basel-Landschaft ist die Überführung der Versicherten der Universität in eine neue Versicherungslösung vorgesehen. Als Leistungsniveau gilt der heutige Standard der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK). Allerdings ist noch keine definitive Lösung gefunden worden. Aufgrund des gesunkenen Deckungsgrades der PKBS musste die Rückstellung zur Ausfinanzierung der Pensionskasse der Angestellten der Universität um CHF 10,0 Mio. erhöht werden. *Pensionskasse für Angestellte der Universität auf Niveau BLPK*
- Dreispitzverwaltung: Die Mitarbeitenden der Dreispitzverwaltung haben per 1.1.2008 in eine Beitragsprimatslösung bei den Basler Versicherungen gewechselt (vgl. Kapitel 4.3.2). *Externe Lösung für ehemalige Dreispitzverwaltung*
- Rheinschiffahrtsgesellschaft: Die ehemaligen aktiven Versicherten der Rheinschiffahrtsgesellschaft sind in den fusionierten Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) neu im Leistungsprimat bei der BLPK versichert. *Mitarbeitende der SRH bei BLPK*

Über die Leistungsvereinbarung mit den BVB wird sichergestellt, dass deren Versicherte wie die Staatsangestellten einen Beitrag zur Ausfinanzierung der PKBS leisten. Demgegenüber müssen sich die Versicherten von Universität, Dreispitzverwaltung und Schweizerischen Rheinhäfen nicht an der Ausfinanzierung beteiligen, da sie in einen weniger gut dotierten Leistungsplan gewechselt haben bzw. wechseln werden. Die Finanzkommission zeigt sich damit einverstanden. *Nur Angestellte der BVB leisten Beitrag zur Ausfinanzierung der PKBS*

Die Finanzkommission weist an dieser Stelle darauf hin, dass die Pensionskasse Basel-Stadt nur zu 100% ausfinanziert worden ist und folglich noch über keine Reserven verfügt. Sollte der Deckungsgrad 2008 we- *PKBS ohne Reserven*

gen der weiterhin angespannten Finanzmarktsituation unter 100% fallen, müssten gemäss Pensionskassengesetz Massnahmen geprüft werden, um die Unterdeckung innert angemessener Frist zu beheben. Fällt der Deckungsgrad unter 95%, sind zwingend Sanierungsmassnahmen einzuleiten.

3.2 Debitorenbewirtschaftung

Bei der Bewirtschaftung und der Darstellung der Debitoren stellen sowohl Finanzkommission als auch Finanzkontrolle weitere Verbesserungen fest. Dennoch besteht nach wie vor Verbesserungspotenzial. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei den Dienststellen mit grossen Debitorenbeständen, namentlich bei Bussen (vgl. Kapitel 4.6.2) und Steuern, auch der grösste Handlungsbedarf besteht.

Weiteres Verbesserungspotenzial bei Bewirtschaftung der Debitoren

Die Finanzkommission regt in diesem Zusammenhang an, die Höhe des Gutschriftzinses, den der Kanton auf im Voraus geleistete Steuerzahlungen entrichtet, zu überdenken. Heute stellt unter anderem der Mittelbedarf des Kantons ein Kriterium bei der jährlichen Festlegung dieses Zinssatzes dar. In Zeiten hoher Liquidität kann der Regierungsrat allenfalls dazu neigen, den Gutschriftzins tiefer anzusetzen und damit Steuervorauszahlungen weniger attraktiv zu machen. Dabei sollte der Regierungsrat die Vorteile für die Steuerverwaltung, wenn diese wegen mehr Vorauszahlungen tendenziell weniger Debitorenbestände zu bewirtschaften hat, ebenfalls in die Berechnung des Gutschriftzinses einfließen lassen. Auch empfiehlt die Finanzkommission, die Attraktivität des Vorauszahlens von Steuern stärker zu kommunizieren.

Finanzkommission regt Überprüfung des Gutschriftzinses auf Steuerzahlungen an

Die Finanzkommission ist erfreut, dass die in ihrem Bericht zur Staatsrechnung 2006 angeregte Schaffung einer zentralen Stelle für Inkasso und Verlustscheine vorankommt. Der Regierungsrat hat das Finanzdepartement beauftragt, eine Vorstudie zur Optimierung des Debitorenprozesses zu erstellen – von der Fakturierung über die Mahnung und Betreuung bis zur Verlustscheinbewirtschaftung. Das Ziel dieser Vorstudie liegt in der Konkretisierung des Handlungsbedarfs sowie der Initialisierung eines entsprechenden Projekts. Im Rahmen dieser Vorstudie hat die Finanzverwaltung im Februar 2008 eine Umfrage bei den Departementen und Gerichten sowie der Finanzkontrolle durchgeführt. Die Resultate sollen nächstens vorliegen.

Einführung einer zentralen Stelle für Inkasso und Verlustscheine in Prüfung

Eine Vereinheitlichung regt die Finanzkommission ferner bei den Zahlungsfristen des Kantons an. Der Grosse Rat hat am 12.3.2008 mit der Überweisung einer Motion von Peter Malama und Konsorten verlangt, dass der Kanton Forderungen seiner Gläubiger grundsätzlich innert 30 Tagen nachkommt. Diese Frist sollte nach Auffassung der Finanzkommission auch für seine Schuldner gelten. Heute gibt es hierzu keine einheitliche Regelung. Vor allem bei der inner- und interkantonalen Ver-

Finanzkommission regt Vereinheitlichung der Zahlungsfristen an

rechnung von Dienstleistungen gelten heute zum Teil erheblich längere Fristen.

Per Rechnungsabschluss 2007 vereinheitlicht worden sind die Wertberichtigungen auf den Debitoren. Erstmals gilt eine kantonsweit verbindliche Delkredere-Regelung: Sämtliche Forderungen müssen neu pauschal um 25% (121 bis 180 Tage fällig), 50% (181 bis 360 Tage fällig) bzw. 100% (über 360 Tage fällig) korrigiert werden. Dies führt zu einer Verschlechterung der Staatsrechnung 2007 um CHF 5,0 Mio., wovon der grösste Teil beim Amt für Sozialbeiträge anfällt (vgl. Kapitel 4.7.1). Allerdings hält die Finanzkontrolle fest, dass nicht alle Abteilungen das Delkredere weisungskonform berechnet haben. Der Abschluss des Strafgerichts wird deshalb um rund CHF 1 Mio. zu gut dargestellt.

*Verbindliche
Delkredere-
Regelung*

3.3 Finanzvermögen

Die Aktiven des Kantons (per 31.12.2007: CHF 5'782,8 Mio.; ohne Spezialfinanzierungen) werden in das Verwaltungs- (per 31.12.2007: CHF 2'765,9 Mio.) und das Finanzvermögen (per 31.12.2007: CHF 3'016,9 Mio.) unterteilt. Während Ersteres – Immobilien, Anlagen und weitere Güter der Verwaltung sowie das Kapital der Anstalten – den politischen Zwecken des Kantons dient und konservativeren Bewertungsgrundsätzen unterliegt, stellt Letzteres die freien Mittel des Kantons dar. Das Finanzvermögen steht seit Einführung der Schuldenbremse durch Beschluss des Grossen Rats vom 7.12.2005 mit seinem effektiven Wert in den Büchern. Es umfasst vor allem Immobilien (per 31.12.2007: CHF 1,3 Mrd., vgl. Kapitel 4.3.3), sowie Barguthaben und weitere liquide Mittel (per 31.12.2007: CHF 1,4 Mrd.). Die Verwaltung des Finanzvermögens obliegt dem Regierungsrat, der 2007 darauf einen Ertrag von insgesamt CHF 143,2 Mio. erzielt hat.

*Ertrag aus dem Fi-
nanzvermögen bei
CHF 143 Mio.*

Während sich die Finanzkommission in ihrem Bericht zur Staatsrechnung 2006 ausführlich mit der Bewirtschaftung der Immobilien durch die neu ausgerichtete Dienststelle Immobilien Basel-Stadt auseinandergesetzt hat, nimmt sie den aktuellen Rechnungsbericht zum Anlass, sich detaillierter zur Verwendung und zur Verwaltung der liquiden Mittel zu äussern.

*Verwendung und
Verwaltung
liquider Mittel*

Werden Mittel aus dem Finanzvermögen für die Erfüllung eines staatlichen Auftrags verwendet, braucht es einen Beschluss des Grossen Rats und damit eine – explizite oder implizite – Umwidmung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Dies geschieht etwa bei der parlamentarischen Verabschiedung eines Kreditbegehrens oder des Jahresbudgets. Ansonsten hält das Finanzhaushaltgesetz fest:

§ 10² *Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die nicht dem Verwaltungsvermögen zugeordnet sind und nicht direkt der Erfüllung einer bestimmten Staatsaufgabe dienen und die*

ohne Beeinträchtigung einer dem Staat übertragenen Aufgabe erworben, veräussert oder umgelagert werden können.

In ihrem Mitbericht zum Ratschlag betreffend Messezentrum Basel 2012 vom 21.1.2008 hat die Finanzkommission festgehalten, dass der MCH Messe Schweiz (Holding) AG aus dem Finanzvermögen ein zinsgünstiges Darlehen über CHF 85,0 Mio. gewährt wird und in diesem Zusammenhang der Regierungsrat

argumentiert, es könne bei diesem Darlehen nicht von einer geldwerten Leistung gemäss Subventionsgesetz gesprochen werden, weil dem Kanton kein geldwerter Nachteil entstehe. Die Finanzkommission interpretiert den faktischen Übertrag der guten Schuldnerbonität des Kantons Basel-Stadt auf die Messe Schweiz in Rücksprache mit der Finanzkontrolle hingegen als Vorzugsbedingung bei Darlehen im Sinne von § 2 des Subventionsgesetzes. Gleichzeitig anerkennt sie, dass diese Finanzierung aus dem Finanzvermögen der bisherigen Praxis entspricht. (...) und wird diese Thematik zu einem späteren Zeitpunkt mit dem Finanzdepartement grundsätzlich erörtern.

In der Zwischenzeit hat das Finanzdepartement der Finanzkommission eine Zusammenstellung sämtlicher Hypotheken und Darlehen zukommen lassen, die der Regierungsrat aus dem Finanzvermögen finanziert. Per 31.12.2007 belaufen sich diese Guthaben auf CHF 105,3 Mio., wovon der Löwenanteil von CHF 100 Mio. auf die Messe Schweiz entfällt. Dieses Darlehen fliesst 2008 an den Kanton zurück und wird 2009 und 2010 durch das oben genannte neue Darlehen über CHF 85,0 Mio. ersetzt. Gegenüber der Gesellschaft der Feuerschützen Basel steht ein Hypothekarguthaben über CHF 3,5 Mio. in der Bilanz, auf die weiteren sieben Schuldner entfallen Hypotheken oder Darlehen von jeweils unter CHF 1,0 Mio.

Guthaben aus Hypotheken und Darlehen aus dem Finanzvermögen betreffen vor allem Messe Schweiz

Die Finanzkommission anerkennt, dass der Regierungsrat das Finanzvermögen nur sehr restriktiv für die Finanzierung Dritter verwendet und namentlich Anfragen von subventionierten Betrieben nach staatlichem Fremdkapital in aller Regel abschlägig beantwortet. Vom Sonderfall Messe abgesehen können die meisten der bestehenden Forderungen denn auch historisch begründet werden.

Dennoch fordert die Finanzkommission den Regierungsrat auf, auf neue solche Darlehen und Hypotheken ganz zu verzichten. Werden Mittel zu den Marktkonditionen des Kantons entlehnt, stellt dies gegenüber dem jeweiligen Drittbetrieb immer eine Subvention dar, schliesslich müsste dieser auf dem Kapitalmarkt höhere Zinsen entrichten – ansonsten er nicht beim Kanton um ein Darlehen nachfragen würde. Nach Auffassung der Finanzkommission widerspricht dies dem Sinn und Geist des Finanzhaushaltgesetzes. Sie verlangt deshalb, dass diese Finanzierung

Finanzkommission erwartet Verzicht auf Finanzierung Dritter aus Finanzvermögen

gen künftig eines Grossratsbeschlusses bedürfen und damit nicht mehr im Finanzvermögen erfolgen.

Für die Bewirtschaftung der liquiden Mittel des Kantons zeichnet die Finanzverwaltung verantwortlich. Diese, seit 1.8.2005 unter der Leitung von Peter Schwendener, ist durch Zusammenlegung mit der zuvor separat geführten Dienststelle Rechnungswesen/Controlling auf gut 30 Mitarbeitende gewachsen. Neben der Finanzbewirtschaftung (Asset- und Liability-Management) ist sie vor allem für die kantonsweiten Aufgaben Zahlungsverkehr und Controlling zuständig. Auch sind ihr die Fachstelle für Informatik und Organisation sowie die kantoneigene Rimas Insurance-Broker AG angegliedert.

*Finanzverwaltung
bewirtschaftet
liquide Mittel*

Das Asset- und Liability-Management (ALM) des Kantons, von Standard & Poor's als fortschrittlich beurteilt, folgt den Standards der Branche. Es hat zum Ziel, die Zahlungsbereitschaft des Kantons sicherzustellen und gleichzeitig die Nettokosten bzw. den Nettoertrag durch optimale Fristen von Schulden und Anlagen zu optimieren. Der Kanton verfolgt dabei eine mittlere Laufzeit von rund drei Jahren. Gegenüber einer längerfristigen Strategie erlaubt dies, rascher auf Zinsänderungen reagieren zu können, ohne – wie bei einer kurzfristigeren Strategie – eine höhere Volatilität tragen zu müssen. Das ALM-Reglement wird vom Regierungsrat erlassen und dessen Einhaltung vom ALM-Komitee überwacht, dem die Vorsteherin des Finanzdepartements sowie zwei externe Fachleute angehören.

*Asset- und Liability-
Management
stellt Zahlungsbe-
reitschaft sicher*

Die Finanzkommission zeigt sich von den konzeptionellen Überlegungen hinter dem ALM der Finanzverwaltung überzeugt. Sie hält gleichzeitig fest, dass für das Finanzvermögen keine Gesamtstrategie besteht, die über die separaten Strategien für die liquiden Mittel und die Immobilien hinausreicht. Dessen Gesamthöhe ist vor allem historisch begründet.

*Keine Gesamtstra-
tegie für Finanz-
vermögen*

3.4 Verwertungsmanagement

Die Finanzkommission hat die Staatsrechnung 2007 zum Anlass genommen, bei allen Departementen in Erfahrung zu bringen, wie nicht mehr gebrauchte, aber grundsätzlich noch funktionstüchtige Güter – beispielsweise ausgemusterte Fahrzeuge oder IT-Infrastruktur – verwertet werden.

Aufgrund der betrieblichen Aufgabenstellung besteht gemäss Auskunft der Verantwortlichen in den meisten Dienststellen kein Anlagebestand, der ein explizites Verwertungsmanagement notwendig machen würde. Grundsätzlich sei man aber bestrebt, die Güter bis zum Ende ihres Lebenszyklus einzusetzen und danach ordnungsgemäss zu entsorgen. Güter mit einem gewissen Restwert werden wenn möglich dem Lieferanten zurückgegeben – vor allem um eine Kostenreduktion bei der Ersatzbeschaffung zu erzielen. Entschieden wird meist im Einzelfall:

- Ausgemusterte, aber noch funktionsfähige IT-Geräte werden teilweise den Mitarbeitenden zu einem geringen Preis zum Kauf angeboten. Die Zentrale Informatik-Dienststelle ist bestrebt, ihre Computer-Hardware so lange im Einsatz zu behalten, wie Leistungsfähigkeit und Wartung gewährleistet sind. Vor einer Verschrottung prüft sie, ob ein Eintausch oder Verkauf möglich ist.
- Das Baudepartement verfügt seit Anfang 2008 über ein Konzept zur Fahrzeugbewirtschaftung, mit dem der optimale Ersatzzeitpunkt für Fahrzeuge berechnet wird. Ausgediente Spezialfahrzeuge können in der Regel über spezialisierte Händler verkauft werden; teilweise werden sie auch demontiert und als Ersatzteillager verwendet. Bei Personen- und Lieferwagen erfolgt der Verkauf via private Garagen nach dem Eurotaxverfahren.

Eintausch oder Verkauf von IT-Infrastruktur

Konzept zur Bewirtschaftung von Fahrzeugen im Baudepartement

Am 22.4.2008 hat der Regierungsrat beschlossen, die bisherige Auto-Einkaufskommission per 30.6.2008 aufzulösen und deren Aufgaben einer Fachstelle im Sicherheitsdepartement zu übertragen. Die Finanzkommission hat sich in den letzten Jahren verschiedentlich mit der Auto-Einkaufskommission befasst. Sie stellte unter anderem fest, dass es zwar eine gewisse Koordination beim Kauf, aber keine zentrale Kontrolle über den Verkauf von Fahrzeugen gibt, ein eigentliches Life-Cycle-Management also fehlt. Am 3.1.2007 beauftragte sie deshalb die Finanzkontrolle mit einer Untersuchung über den Verkauf ausgemustertter Fahrzeuge. Die Finanzkontrolle stellte in ihrem Bericht vom 1.6.2007 aufgrund einer Prüfung der 2005 und 2006 von Bau- und Sicherheitsdepartement abgegebenen Fahrzeuge fest, dass sich eine zentrale Abwicklung der Verkäufe aufgrund der hohen Zahl von Spezialfahrzeugen nicht aufdrängt.

Auflösung der Auto-Einkaufskommission

- Das Erziehungsdepartement verschenkt altes Schulmaterial und -mobiliar teilweise via gemeinnützige Institutionen an Schulen in der Dritten Welt.
- Im Bereich Services des Sicherheitsdepartements wird zurzeit die neue Abteilung Logistikdienste aufgebaut, die sich auf einer strategischen Ebene auch mit der Veräusserung von Gebrauchtgütern befassen wird. Von Bedeutung ist eine solche bei den materialintensiven Abteilungen Kantonspolizei und Rettung. Die Kantonspolizei betont die fachgerechte Entsorgung beispielsweise des Funkmaterials, das in die Kategorie Kriegsmaterial fällt. Fahrzeuge werden meist durch den Lieferanten zurückgekauft, Material mit historischem Wert wird dem Polizeimuseum übergeben. Der Bereich Rettung ist bestrebt, sämtliche noch über einen Wert verfügbaren, aber nicht mehr wirtschaftlich einsetzbaren Gebrauchtgüter zu veräussern. Es bestehen Vereinbarungen mit Lieferanten, die die Rücknahme von Gütern nach Gebrauch oder Ablauf der Haltbarkeit – beispielsweise Medikamente bei der Sanität – regeln.

Veräusserung von Gebrauchtgütern bei Kantonspolizei und Rettung

- In den Spitälern und Kliniken werden zahlreiche Apparate ausgemustert. Das Felix Platter- und das Universitätsspital (USB) stellen Geräte, die gefahrlos noch eine gewisse Zeit eingesetzt werden können, Hilfswerken oder ähnlichen Institutionen zur Verfügung. Bei anderen Gütern und Materialien prüft das USB den Ersatz bzw. die Weiterverwendung in einem strukturierten Prozess. Bei Ersatzbeschaffungen wird mit den Lieferanten die Rücknahme der zu ersetzenden Mobilien vereinbart. Die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel haben das Life-Cycle-Management von medizinischen Geräten – vom Kauf und der Qualitätskontrolle über den Wiederbeschaffungsvorschlag bis zur Entsorgung – an die Firma Hospitec ausgelagert. Die Öffentlichen Zahnkliniken schliesslich geben Zahngold an eine soziale Institution ab.

*Weiterverwendung
von Geräten aus
Spitälern und
Kliniken*

Die Finanzkommission kann nachvollziehen, dass der Kanton Basel-Stadt wegen des sehr unterschiedlichen Tätigkeitsbereichs und Umfangs der Departemente und Dienststellen über kein einheitliches Verwertungsmanagement verfügt. Indes regt sie an, sowohl aus ökologischen als auch ökonomischen Gründen die entsprechenden Konzepte und Prozesse in allen Departementen systematisch auf mögliche Verbesserungen zu überprüfen. Die Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009 und die Schaffung von zentralen Service-Einheiten in mehreren Departementen bietet dafür eine gute Gelegenheit.

*Finanzkommission
regt Überprüfung
von Verwertungs-
konzepten an*

3.5 Neue Berichterstattung

Die Staatsrechnung präsentiert sich 2007 erstmals als Teil des neuen Jahresberichts, der die bisher separaten Dokumente Rechnungs- und Verwaltungsbericht zusammenführt. Die neue Berichterstattung, die dem Grossen Rat seit den Budgets 2007 und 2008 bekannt ist, wird damit vervollständigt. Wie die Finanzkommission bereits verschiedentlich festgehalten hat, begrüsst sie die neue Form der Berichterstattung, die auf den Schlussbericht der Reformkommission II bzw. die entsprechenden Empfehlungen des Grossen Rats vom 20.1.2005 zurückgeht. Die Staatsrechnung wird durch die Verknüpfung von Zahlen und Inhalten auf zweistelliger Ebene deutlich aussagekräftiger, ohne dass bisherige Angaben nicht mehr zur Verfügung stünden. Die dreistelligen Kontopositionen finden sich neu auf der dem Jahresbericht beigelegten CD-ROM. Der Finanzkommission stehen wie bisher auch die Detailangaben auf sechsstelliger Ebene zur Verfügung.

*Finanzkommission
zufrieden mit neuer
Berichterstattung*

Verbesserungspotenzial sieht die Finanzkommission im Bereich der Kennzahlen. In ihrem Bericht zum Budget 2008 hat sie angeregt, alle Dienststellen neben dem Headcount einheitlich eine bis drei quantitative Kennzahlen (Auskunft über die zu bewältigende Arbeit) und eine bis drei qualitative Kennzahlen (Auskunft über die Qualität der Arbeit und/oder deren Bewältigung) publizieren zu lassen. Mit Beschluss vom 29.1.2008

*Regierungsrat
übernimmt Forde-
rung der Finanz-
kommission zu
Kennzahlen*

hat sich der Regierungsrat bereit erklärt, diese Vorgabe zu übernehmen.

Das Zusammenführen von Staatsrechnung und Verwaltungsbericht führt dazu, dass der neue Jahresbericht im Grossen Rat zwei Mal behandelt wird. Die finanziellen Aspekte werden wie bisher in der Bündelitagssitzung diskutiert, an der der Grosse Rat auf Antrag der Finanzkommission über die Staatsrechnung beschliesst. Die Verabschiedung des gesamten Jahresberichts erfolgt auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) in der September-Sitzung des Grossen Rats. Auf dieses Vorgehen haben sich GPK, Finanzkommission, Finanzkontrolle und Regierungsrat Anfang 2008 geeinigt.

*Jahresrechnung
weiterhin auf Ta-
gesordnung der
Bündelitagssitzung*

Über die neue Form von Budget und Jahresbericht hinaus bleibt die Berichterstattung des Regierungsrats an den Grossen Rat im Fluss. So plant der Regierungsrat, gewisse Informationen des jeweils im Herbst publizierten Politikplans in das unmittelbar danach aufgelegte Budget zu transferieren. Gleichzeitig soll der Politikplan (voraussichtlich neu: Planungsbericht) nur noch alle zwei bis vier Jahre aktualisiert werden.

*Neuerungen auch
beim Politikplan*

Die Finanzkommission begrüsst die geplante Straffung und Vereinheitlichung der Berichterstattung. Sie legt aber Wert darauf, dass dabei keine der bisherigen Informationen des für den Grossen Rat sehr wertvollen Politikplans verloren gehen. Auch regt sie an zu überlegen, wie weitere Dokumente, namentlich der heute unregelmässig erscheinende Nachhaltigkeitsbericht, in die jährliche Berichterstattung integriert werden können. Ferner weist sie darauf hin, dass die neue Berichterstattung nicht nur Auswirkungen auf die Darstellung und den Informationsgehalt zeitigt, sondern auch gewisse Beschlussgrössen verändert. Dass dies praktisch ohne Gesetzesänderungen möglich ist, zeigt zum einen den tiefen Regulierungsgrad in diesem Bereich und führt zum anderen zu einer wachsenden Begriffsvielfalt namentlich zwischen Geschäftsordnungs- und Finanzhaushaltsgesetz.

*Finanzkommission
warnt vor Informa-
tionsverlust*

4 Spezifische Themen

4.1 Baudepartement

4.1.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2007	Abweichung zum Budget 2007	Abweichung zur Rechnung 2006
Aufwand ¹	247,2	46,2 (23,0%)	42,9 (21,0%)
Ertrag	205,8	45,6 (28,5%)	40,0 (24,1%)
ONA¹	41,4	0,6 (1,4%)	3,0 (7,7%)

in 100%	Ende 2007	Ende 2006	Differenz
Headcount	833,7	839,0	-5,3

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Kantonsangestellten (per 1.1.2007 0,4%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Der ONA des Baudepartements steigt gegenüber dem Vorjahr um CHF 3,0 Mio. und überschreitet damit das Budget um 1,4%. Die Rechnung wird durch die erstmalige Verbuchung der Zeitguthaben der Mitarbeitenden mit CHF 4,4 Mio. belastet. Die gute Wirtschaftslage führt bei verschiedenen Dienststellen zu höheren Gebühreneinnahmen, beispielsweise für Baubewilligungen. Beim Tiefbauamt ist es aufgrund des Wegfalls von Aufgaben bei den Nationalstrassen an den Bund im Rahmen der NFA zu einem Personaltransfer an die neue Nationalstrassen Nordwestschweiz AG gekommen.

Höhere Gebühreneinnahmen im Baudepartement

4.1.2 Abfallwesen

Im Juni 2007 hat das Zivilgericht Basel-Stadt das Verfahren der REDAG bzw. des Kantons Basel-Stadt gegen die Alstom (Schweiz) AG im Zusammenhang mit den Mängeln an der Kehrrechtverwertungsanlage (KVA) eingestellt. Die beiden Parteien einigten sich aussergerichtlich. Die in den vergangenen Jahren nur noch wegen dieses Rechtsfalls bestehende REDAG befindet sich in Liquidation. Das Baudepartement versicherte der Finanzkommission, dass alle Mängel der KVA zur Zufriedenheit behoben sind. Alle dafür notwendigen Investitionen gingen zu Lasten von Alstom.

Aussergerichtliche Einigung im Fall KVA

Per 31.12.2007 besteht noch eine Rückstellung für Kosten im Zusammenhang mit Mängeln an der KVA in der Höhe von CHF 8,0 Mio. Es handelt sich dabei um einen Garantierückbehalt. Das Baudepartement rechnet damit, diese Rückstellung bald auflösen zu können.

Der Vorschuss des Kantons für die Spezialfinanzierung Abfallrechnung hat sich 2007 um weitere CHF 4,6 Mio. auf CHF 29,6 Mio. erhöht. Die Umweltschutzgesetze von Bund und Kanton verlangen eine kostendeckende Abfallrechnung, was heute nicht der Fall ist. Die Finanzkommis-

Defizit in der Abfallrechnung steigt weiter

sion hat bereits in ihrem Bericht zur Staatsrechnung 2005 eine rasche Lösung dieses Problems gefordert.

In der Antwort auf den Anzug von Gabi Mächler/Christian Egeler und Konsorten zur Abfallrechnung schlägt der Regierungsrat mit Beschluss vom 11.3.2008 vor, in der Stadt Basel das „Modell Riehen“ zu übernehmen. Die Gemeinde Riehen sieht vor, in der Gemeinderechnung einen bestimmten Ansatz pro Einwohner als Deckungsbeitrag für Grundleistungen der Abfallentsorgung auszuweisen. Damit wird eine Abfall-Grundgebühr eingeführt, ohne ein separates Inkassoverfahren zu implementieren und ohne die Staatsquote zu erhöhen. Nachdem der Bund sein Einverständnis mit diesem Modell erklärt hat, erwartet die Finanzkommission, dass dem Grossen Rat sobald wie möglich eine entsprechende Vorlage unterbreitet wird. Der Regierungsrat hat dies im Zusammenhang mit der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation 2009 in Aussicht gestellt.

*Basel will bei
Abfallrechnung
Riehener Modell
übernehmen*

4.1.3 Abwasserrechnung

Überschüsse in der Abwasserrechnung fließen jeweils per Ende Jahr in die allgemeine Staatskasse. Die Abwasserrechnung beginnt mit anderen Worten jedes Jahr wieder bei Null. Die Finanzkontrolle hat diesen Umstand bemängelt: Ausserordentliche Investitionen in einem Jahr würden unmittelbar auf die Gebührenhöhe durchschlagen, auch wenn die Rechnung in den Jahren davor jeweils positiv abgeschlossen hatte.

*Überschüsse in
Abwasser-
rechnung*

Seit in der Abwasserrechnung die Vollkostendeckung angestrebt wird, hat diese im Kanton Basel-Stadt – im Gegensatz zur Abfallrechnung (vgl. Kapitel 4.1.2) – immer mit einem Überschuss abgeschlossen und damit die bundesgesetzliche Anforderung erfüllt. Rechtsgrundlage für die Abwasserrechnung ist das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer:

Art. 60a¹ *Die Kantone sorgen dafür, dass die Kosten für Bau, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Ersatz der Abwasseranlagen, die öffentlichen Zwecken dienen, mit Gebühren oder anderen Abgaben den Verursachern überbunden werden. (...)*

Aufgrund der Überschüsse der Abwasserrechnung reichte 2004 ein Einwohner Beschwerde beim Bundesgericht ein: Die Gebühren seien zu hoch. Das Gericht entschied allerdings, dass eine Überdeckung von bis zu 10% rechters sei.

Die Finanzkommission sieht derzeit keine Notwendigkeit, die Abwasserrechnung in eine Spezialfinanzierung – also eine über den Jahreswechsel hinaus geschlossene Rechnung – zu überführen. Schliesslich weist die Abwasserrechnung seit 2000 tendenziell rückläufige Überschüsse auf (Durchschnitt 2000 bis 2003: 8,1%; 2004 bis 2007: 4,6%). Die Finanzkommission weist gleichzeitig darauf hin, dass bei grösseren Inves-

*Keine Notwendig-
keit für Spezial-
finanzierung bei
Abwasser-
rechnung*

tionen die Überdeckungen der vergangenen Jahre berücksichtigt werden müssen. Genau so wenig wie ein Überschuss automatisch zu einer Reduktion der Gebühren führt, darf eine Unterdeckung zu einer unmittelbaren Gebührenerhöhung führen.

4.2 Erziehungsdepartement

4.2.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2007	Abweichung zum Budget 2007	Abweichung zur Rechnung 2006
Aufwand ¹	1'008,1	26,3 (2,7%)	73,5 (7,9%)
Ertrag	141,4	10,8 (8,3%)	3,4 (2,5%)
ONA¹	866,7	15,5 (1,8%)	70,1 (8,8%)

in 100%	Ende 2007	Ende 2006	Differenz
Headcount	3'223,4	3'230,0	-6,6

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Kantonsangestellten (per 1.1.2007 0,4%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Die deutliche Erhöhung des ONA beim Erziehungsdepartement um 8,8% geht zu einem grossen Teil auf die Aufwandsposition Eigene Beiträge und dort wiederum auf die neue Trägerschaft der Universität Basel zurück. Die Kosten für die klinische Lehre und Forschung in der medizinischen Fakultät laufen seit 2007 über das Budget der Universität und nicht mehr via Gesundheitsdepartement. Die Zunahme der Rückstellungen für Stundenguthaben der Lehrkräfte beträgt CHF 4,3 Mio., für die Zeitguthaben des Verwaltungspersonals sind im Sachaufwand periodenfremde Aufwendungen von CHF 5,7 Mio. verbucht.

Neues Trägerschaftsmodell bei Universität erhöht ONA im Erziehungsdepartement

4.2.2 St. Jakobshalle

Die St. Jakobshalle ist 2006 im Zuge einer Reorganisation in das Ressort Sport überführt worden. Ab 2009 soll ihre Rechnung wieder gesondert ausgewiesen werden. Seit April 2006 werden die Veranstaltungen (Bereich Events) in der Halle extern vermarktet. Das vom Erziehungsdepartement im Dezember 2005 ausgeschriebene und an die Firma Levent AG von Thomas Kastl vergebene Mandat umfasst neben der St. Jakobshalle als wichtigstem Veranstaltungsort auch die Vermarktung der weiteren Sportanlagen des Kantons.

Externe Vermarktung der Veranstaltungen in St. Jakobshalle

Im April 2007 hat Thomas Kastl nach dem Rücktritt des damaligen Leiters des Sportamts interimistisch auch die Geschäftsleitung der St. Jakobshalle übernommen. Dieses Anstellungsverhältnis wurde inzwischen mehrfach verlängert, ist aber gemäss Auskunft des Erziehungsdepartements definitiv bis Ende 2008 befristet. Dann soll die Geschäftsleitung der St. Jakobshalle an die derzeit vakante Leitung des Ressorts Sport übergehen.

Die Aussichten für den Bereich Events in der St. Jakobshalle sind derzeit positiv – auch dank der im Vergleich zum Verkauf von Tonträgern steigenden Bedeutung von Konzerten. Gemessen an der Gesamtnutzung lag der Anteil von Events in der St. Jakobshalle 2007 bei 12%. 50% der Nutzungszeit stand für den Breitensport zur Verfügung. Der Anteil an ungenutzten Stunden reduzierte sich von 38% (2005) auf 27% (2007) deutlich. 2008 rechnen die Verantwortlichen mit einer Verdoppelung der Belegungszeit durch Events, was die Rendite der Halle verbessern dürfte. Im Sinne der Transparenz wird künftig jeder Event finanziell separat abgerechnet und ausgewiesen. Die Finanzkommission ist über die Entwicklung des Bereichs Events erfreut und anerkennt die positive Entwicklung seit der Vergabe des Mandats an die Levent AG. Seit Einstellung eines neuen Leiters für die Gastronomie entwickelt sich auch der Ertrag aus dem Catering erfreulich.

Positive Entwicklung und Perspektiven für St. Jakobshalle

2007 sind insgesamt CHF 4,4 Mio. in die St. Jakobshalle investiert worden. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf das Projekt Allgemeine Sanierungen II, dessen Kredit damit zu drei Vierteln ausgeschöpft ist. CHF 1,2 Mio. wurden aus dem Erweiterungskredit finanziert, den der Grosse Rat am 21.10.2004 genehmigt hatte. Das damals bewilligte Volumen von CHF 10,0 Mio. wurde per Ende 2007 um CHF 0,7 Mio. überschritten, was das Erziehungsdepartement vor allem mit der Bauteuerung, kostentreibenden Etappierungen aufgrund des Veranstaltungskalenders der Halle sowie den baugesetzlich gestiegenen Anforderungen an den Brandschutz begründet. Im Rahmen des Budgets abgeschlossen, aber noch nicht abgerechnet wurden die beiden Investitionsprojekte Allgemeine Sanierungen I und Sanierung Dachbelag Foyer.

Verschiedene Investitionsvorhaben in St. Jakobshalle

Ein neuer Kreditantrag in voraussichtlich zweistelliger Millionenhöhe dürfte dem Grossen Rat 2009 vorgelegt werden. Damit soll zum einen der allgemeine Unterhalt vorangetrieben, zum anderen den steigenden Anforderungen der Benutzerinnen und Benutzer begegnet werden. So haben etwa die Veranstalter des Tennisturniers Davidoff Swiss Indoors mehrfach öffentlich gefordert, es müsse weiter in die Hallen-Infrastruktur investiert werden.

Weiterer Investitionsschritt ab 2009 geplant

Die Finanzkommission erwartet spätestens mit der Vorlage des nächsten Kreditbegehrens eine strategische Auslegeordnung des Regierungsrats zur Zukunft der St. Jakobshalle. Nur so kann der Grosse Rat die Notwendigkeit von weiteren Investitionsschritten richtig einordnen. Die Halle darf nicht dem Beispiel des Felix Platter-Spitals folgen, bei dem in der Vergangenheit einer Sanierung die nächste folgte, ohne dass eine langfristige Perspektive aufgezeigt werden konnte bzw. diese laufend revidiert werden musste.

Finanzkommission erwartet strategische Auslegeordnung

4.2.3 Sport-Toto-Fonds

Die Genossenschaft Swisslos führt im Auftrag von 20 Trägerkantonen Lotteriespiele und Sportwetten durch. Ihre Einnahmen fliessen zum einen zurück an die Teilnehmer ihrer Spiele und Wetten (jährlich rund CHF 600 Mio.), zum anderen an die beteiligten Kantone bzw. deren Lotterie- und Sport-Toto-Fonds (jährlich rund CHF 350 Mio.).

In ihrem Bericht zur Staatsrechnung 2004 ist die Finanzkommission auf den Lotteriefonds eingegangen. Die Rechnung 2007 hat sie zum Anlass genommen, sich vertieft mit dem Sport-Toto-Fonds auseinanderzusetzen. Die Äufnung des Sport-Toto-Fonds erfolgt aus dem Gewinnanteil des Kantons von Swisslos und Sport-Toto-Gesellschaft. Zwischen Lotteriefonds (Verwaltung durch das Sicherheitsdepartement) und Sport-Toto-Fonds (Verwaltung durch das Erziehungsdepartement) besteht ein Verteilschlüssel von 78% zu 22%.

Per Ende 2007 beträgt das Vermögen des Sport-Toto-Fonds CHF 9,9 Mio. Der Zufluss hat 2007 CHF 3,2 Mio. betragen, ausbezahlt worden sind CHF 2,2 Mio. Die Auszahlungen erfolgen zum einen in Form von fixen Pauschalen, die jeder Sportverein vor allem nach Massgabe seiner Anzahl Mitglieder automatisch zugesprochen erhält (2007: CHF 0,5 Mio.). Zum anderen werden Mittel – ähnlich dem Verfahren beim Lotteriefonds – auf einen konkreten Antrag hin gesprochen. So sind 2007 CHF 0,8 Mio. für Sportanlagen und jeweils CHF 0,1 Mio. für Material und Maschinen sowie Kurse, Trainingslager und Sportanlässe bewilligt worden. CHF 0,2 Mio. entfielen auf weitere Projekte; die Verwaltungskosten betragen CHF 0,4 Mio.

Die Finanzkommission stellt fest, dass in der Verordnung zur Verwendung des dem Kanton Basel-Stadt zufallenden Gewinnanteils aus den Sport-Toto-Wettbewerben klare Vergaberichtlinien definiert sind – und diese auch strikt eingehalten werden. So lehnt das Erziehungsdepartement beispielsweise nachträglich eingereichte Anträge – nach einer Veranstaltung oder der Anschaffung von Material – konsequent ab. Den Antragsstellern wird in der Wegleitung zur Einreichung von Gesuchen klar kommuniziert, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um Mittel aus dem Sport-Toto-Fonds beanspruchen zu können.

Die Öffentlichkeit wird über Zuwendungen aus dem Sport-Toto-Fonds im Gegensatz zu jenen aus dem Lotteriefonds nicht orientiert. Zugesicherte Beiträge und Beitragszahlungen können nur auf der Geschäftsstelle der Sport-Toto-Kommission eingesehen werden. Dies kann die Finanzkommission nicht nachvollziehen. Sie bittet den Regierungsrat deshalb zu prüfen, wie die Vergaben aus dem Sport-Toto-Fonds analog zu jenen aus dem Lotteriefonds publik gemacht werden können.

Kantone partizipieren an Erträgen von Swisslos

Bestand im Sport-Toto-Fonds von CHF 9,9 Mio.

Klare Vergaberichtlinien

Finanzkommission fordert Prüfung einer Publikation der Zuwendungen

4.3 Finanzdepartement

4.3.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2007	Abweichung zum Budget 2007	Abweichung zur Rechnung 2006
Aufwand ¹	90,7	4,7 (5,5%)	8,5 (10,3%)
Ertrag	35,5	5,7 (19,1%)	3,8 (11,9%)
ONA¹	55,2	-0,9 (-1,7%)	4,7 (9,4%)

in 100%	Ende 2007	Ende 2006	Differenz
Headcount	445,0	449,0	-4,0

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Kantonsangestellten (per 1.1.2007 0,4%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Beim Finanzdepartement wirkt sich die Rückstellung von CHF 3,7 Mio. für die Zeitguthaben der Mitarbeitenden verhältnismässig stärker aus als bei anderen Departementen. Der ONA steigt um CHF 4,7 Mio. auf CHF 55,2 Mio. Höhere Sachaufwendungen bei der Steuerverwaltung und bei Immobilien Basel-Stadt werden durch gesteigerte Entgelte gedeckt.

*Steigender ONA
im Finanz-
departement*

4.3.2 Dreispitzverwaltung

Das Dreispitzareal, das sich über das Gemeindegebiet von Münchenstein und Basel erstreckt, befindet sich im Besitz der Christoph Merian Stiftung (CMS). In den vergangenen 100 Jahren hat es sich vom „Öffentlichen Materiallagerplatz“ zum heutigen Gewerbegebiet mit rund 350 Firmen entwickelt. Bis 2007 bewirtschaftete die Dreispitzverwaltung, eine Dienststelle des Finanzdepartements, das Dreispitzareal.

*Kanton tritt Bewirt-
schaftung des
Dreispitzareals
an CMS ab*

Per 1.1.2008 hat die Dreispitz Management AG die gesamte Infrastruktur, sämtliche Vertragsverhältnisse und die zwölf Mitarbeitenden der Dreispitzverwaltung übernommen. Sie führt die bestehenden Baurechtsverträge unverändert weiter. Gemäss Vereinbarung zwischen der CMS und der Einwohnergemeinde Basel sind dem Kaufpreis von CHF 49,3 Mio., der im Verlauf des Jahres 2008 beglichen wird, die um die Abschreibungen reduzierten werterhaltenden Investitionen zwischen dem 1.9.2004 und dem 31.12.2007 hinzuzurechnen sowie die Desinvestitionen abzuziehen.

Aufgefallen ist der Finanzkommission der ausserordentlich hohe Debitorenbestand von rund CHF 1,6 Mio. per Ende Februar 2008. 45% dieser Ausstände waren seit mehr als 360 Tagen fällig. Eine Analyse der Finanzkontrolle im November 2007 ergab, dass von den noch offenen Unterbaurechtszinsen von CHF 0,7 Mio. rund 51% nicht mehr grundpfandgesichert waren. Die Einwohnergemeinde Basel hat mit der CMS und der Dreispitz Management AG eine Vereinbarung abgeschlossen. Darin verpflichtet sich die Dreispitz Management AG, gegen Entgelt darauf hinzuwirken, dass die vor dem 1.1.2008 auf Seiten des Kantons Basel-

*Hoher Debitoren-
bestand bei Drei-
spitzverwaltung
per Ende 2007*

Stadt entstandenen Verpflichtungen und Forderungen bis spätestens 31.12.2009 getilgt bzw. realisiert sind.

4.3.3 Immobilien

Am 14.9.2005 hat der Grosse Rat einen Kredit von CHF 3,0 Mio. zur Umsetzung und Einführung des Projektes Zentrale Raumdienste (ZRD) genehmigt. ZRD beabsichtigt, die Eigentümerinteressen des Kantons professioneller wahrzunehmen, den Wert des Gesamtportfolios zu steigern und mittelfristig die Raumbedürfnisse des Kantons zu reduzieren. Die Finanzkommission stellt fest, dass die Umsetzungsarbeiten von ZRD den zeitlichen und qualitativen Vorgaben entsprechen. So ist die Einführung der Verrechnung von internen Mieten planmässig per 1.1.2008 erfolgt.

Projekt ZRD auf gutem Weg

Die Finanzkommission hat sich in ihrem Bericht zur Staatsrechnung 2006 in einem Sonderkapitel detailliert mit ZRD und der damit betrauten Dienststelle Immobilien Basel-Stadt (IBS; früher ZLV) auseinandergesetzt. Im Vordergrund stand damals der erste Jahresbericht über die – per 31.12.2006 um netto 640,7 Mio. aufgewerteten – Immobilien im Finanzvermögen (Gesamtwert per 31.12.2007: CHF 1,3 Mrd.). 2007 wurden Bewirtschaftung und Bewertung dieser Immobilien weiter verbessert. So konnte gemäss dem zweiten Jahresbericht vom 25.3.2008 die Leerstandsquote (exkl. Sanierungen) von 6,9% auf 4,9% reduziert werden. Indes sank 2007 der Total Return, der die Gesamtpformance spiegelt, von 4,7% auf 4,3%, was teilweise mit Sonderfaktoren erklärt werden kann. Die weitere Verfeinerung der Bewertung führte abermals zu ausserordentlichen Aufwertungen und Abschreibungen. Den für die Laufende Rechnung relevanten Abschreibungen von 51,4 Mio. stehen Aufwertungen von CHF 119,1 Mio. direkt im Eigenkapital gegenüber.

Tiefere Leerstandsquote bei Immobilien im Finanzvermögen – Aufwertungen höher als Abschreibungen

Am 26.3.2008 hat der Regierungsrat erstmals auch einen Statusbericht zur Werterhaltung der Hochbauten im Verwaltungsvermögen (Gesamtwert per 31.12.2007: CHF 5,4 Mrd.) publiziert. Der Begriff der Werterhaltung von Gebäuden wird bautechnisch als Summe der Massnahmen für Instandhaltung und Instandsetzung definiert. Finanztechnisch findet sich der Aufwand für die Werterhaltung einerseits als Unterhaltungspauschale in der Laufenden Rechnung, andererseits in der Investitionsrechnung in Form gebundener Investitionen. Die Thematik der Werterhaltung erhält eine neue Ausrichtung. An Stelle einer reinen Bauerhaltung tritt ein modernes Portfoliomanagement, indem die Gesamtheit der Hochbauten im Verwaltungsvermögen als Vermögenswert betrachtet wird, den es zu bewirtschaften und zu erhalten gilt.

Portfoliomanagement zur Werterhaltung der Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Bisher ist in der Investitionsplanung für die Werterhaltung der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen ein Betrag von jährlich CHF 74 Mio. eingesetzt worden. Dies entspricht im Durchschnitt der letzten acht Jahre einer Werthaltungsquote von knapp 1,4%. Die branchenüblichen

Tiefe Werterhaltungsquote

Werte liegen allerdings zwischen 2,5% und 4%. Gemäss einer ersten groben Berechnung kommt IBS zum Schluss, dass für die Werterhaltung der Hochbauten im Verwaltungsvermögen ein Betrag von jährlich rund CHF 180 Mio. notwendig wäre, was einer Werterhaltungsquote von 3,3% entspräche.

Die Finanzkommission begrüsst die provisorischen Schlussfolgerungen von IBS. Bereits in ihrem Bericht zum Budget 2008 hat sie von einem jährlichen Sollaufwand für den Unterhalt der Immobilien im Verwaltungsvermögen von rund CHF 100 bis 200 Mio. geschrieben. Wie auch das Baudepartement bestätigt, sind heute die kantonalen Hochbauten im Gegensatz zu den Tiefbauten generell unterinvestiert.

*Finanzkommission
sieht Handlungsbedarf bei Immobilien im Verwaltungsvermögen*

Die Finanzkommission erwartet, dass die Erfassung des Gebäudebestandes und die Entwicklung der entsprechenden Massnahmen mit hoher Priorität weiter vorangetrieben werden. Gleichzeitig erwartet sie, dass der notwendige Bedarf für werterhaltende Investitionen in jedem Einzelfall kritisch geprüft wird. Dabei müssen auch die künftigen Entwicklungen, etwa die mögliche Erhöhung der Energiepreise, in die Überlegungen einfließen. Die Finanzkommission verweist in diesem Zusammenhang auf den Ratschlag für eine „klimaneutrale Verwaltung“, der in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rats beraten worden ist.

4.4 Gesundheitsdepartement

4.4.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2007	Abweichung zum Budget 2007	Abweichung zur Rechnung 2006
Aufwand ¹	1'077,6	-56,4 (-5,0%)	7,2 (0,7%)
Ertrag	670,5	-62,5 (-8,5%)	31,5 (4,9%)
ONA¹	407,1	6,2 (1,5%)	-24,3 (-5,6%)

in 100%	Ende 2007	Ende 2006	Differenz
Headcount	4'835,0	4'949,0	-114,0

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Kantonsangestellten (per 1.1.2007 0,4%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Der um CHF 24,3 Mio. tiefere ONA des Gesundheitsdepartements ist zu mehr als der Hälfte auf steigende Entgelte im Universitätsspital und Felix Platter-Spital zurückzuführen. Obwohl die Zeitguthaben in den Spitälern 2007 abgenommen haben, führt die Neubewertung der Zeitguthaben, die vor dem Jahr 2007 angefallen sind, zu einer Erhöhung der Rückstellungen zu Lasten des Sachaufwands von CHF 8,0 Mio.

Steigende Erträge der Spitäler führen zu tieferem ONA des Gesundheitsdepartements

4.4.2 Neue Spitalfinanzierung

Die zweite Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) bringt eine Neuregelung der Spitalfinanzierung, die am 1.1.2009 in Kraft tritt. Einführung sowie Anwendung der neuen Finanzierung müssen bis 2011 abgeschlossen sein. Es gelten folgende Grundsätze:

Neuregelung der Spitalfinanzierung

- Vollkostenprinzip unter Einbezug sämtlicher anrechenbarer Kosten inkl. Abschreibungen auf den Investitionen und Kapitalzinskosten
- Aufhebung von Defizitgarantien für die öffentlichen Spitäler und Gleichstellung aller auf den kantonalen Spitallisten aufgeführten öffentlichen und privaten Leistungserbringer
- Einführung der freien Spitalwahl unter den auf den Spitallisten geführten Spitälern
- Einheitliche Planungskriterien als Basis für kantonale Leistungsaufträge
- Leistungsbezogene Pauschalen im akut-somatischen Bereich nach dem Vollkostenprinzip und nach gesamtschweizerisch einheitlichen Strukturen (Swiss DRG)
- Separate Pauschalen für Rehabilitation, Psychiatrie und Geriatrie nach dem Vollkostenprinzip. Zu einem späteren Zeitpunkt wird auch für diese Bereiche eine gesamtschweizerische Lösung mit einem einheitlichen Vergütungssystem angestrebt.

Voraussetzung für diese Umstellungen ist nach Auffassung des Regierungsrats und der Finanzkommission eine Änderung des rechtlichen Status des USB: Die heutige Dienststelle des Gesundheitsdepartements soll ausgelagert werden. Entsprechend hat der Regierungsrat eine Eigenstrategie für das USB definiert. Als universitäres Zentrumsspital der erweiterten Region mit hochspezialisierter Medizin soll das USB neu als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt im Eigentum des Kantons die Interaktion mit der medizinischen Fakultät der Universität Basel und der pharmazeutischen Industrie weiterhin gewährleisten. Die Anpassung der Rechtsform stärkt die Position des USB im neu ausgerichteten schweizerischen Gesundheitsmarkt. Dabei sollen auch die Interessen des Personals sorgfältig berücksichtigt werden.

USB braucht neuen rechtlichen Status

Für das USB bedingen diese Veränderungen die so genannte Bilanzfähigkeit. Es muss mit einer realistischen Eröffnungsbilanz ausgestattet, die bestehenden Anlagen entsprechend ihrer bereits erfolgten Amortisation inventarisiert werden. Weiter muss das USB im Gegensatz zu heute Rückstellungen bilden können, werden die Spitäler doch künftig ihre Investitionen aus eigenen Mitteln zu bestreiten haben. Auch im Personalbereich sollen sie – unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen – ihre Mittel frei einsetzen können. Ein vom Regierungsrat festgelegter Headcount wird kein Thema mehr sein. Wenn das USB mit

Realistische Eröffnungsbilanz, Rückstellungsfähigkeit, freie Investitions- und Ressourcenallokation als Voraussetzungen

mehr Stellen mehr Erträge generieren kann, so steht es ihm frei, dies auch zu tun.

Für die hoch spezialisierte Medizin soll ein neues interkantonales Konkordat verabschiedet werden. Die ungefähr zwei Prozent teuersten bzw. seltensten Leistungen werden national koordiniert und die kantonale Planungsfreiheit in diesem Bereich aufgehoben.

Die künftige Finanzierungsstruktur des USB existiert schon heute ähnlich beim Universitätskinderspital beider Basel (UKBB): Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden vom Kanton definiert und finanziert, die Aufwendungen für Lehre und Forschung direkt von der Universität bezahlt. Die restliche Spitalfinanzierung erfolgt gemäss revidiertem KVG nach dem Vollkostenprinzip. Das Beispiel UKBB zeigt, dass eine erfolgreiche Positionierung am Markt mit guten Arbeitsbedingungen und zufriedenen Patientinnen und Patienten vereinbar ist.

UKBB als Vorbild

4.5 Justizdepartement

4.5.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2007	Abweichung zum Budget 2007	Abweichung zur Rechnung 2006
Aufwand ¹	97,4	2,2 (2,3%)	2,5 (2,6%)
Ertrag	23,3	0,7 (3,3%)	0,3 (1,3%)
ONA¹	74,0	1,4 (2,0%)	2,2 (3,0%)

in 100%	Ende 2007	Ende 2006	Differenz
Headcount	368,0	363,0	+5,0

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Kantonsangestellten (per 1.1.2007 0,4%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Der ONA des Justizdepartements steigt 2007 um 3,0%. Massgeblich dafür verantwortlich sind die Abgrenzungen für Zeitguthaben der Mitarbeitenden.

4.5.2 Strafvollzug

Die Kosten des Strafvollzugs liegen zwar um CHF 0,4 Mio. unter denjenigen von 2006, übertreffen die budgetierten Erwartungen aber wie schon in den letzten drei Jahren recht deutlich um CHF 0,8 Mio. Der Regierungsrat erklärt dies damit, dass er den Rückgang der Freiheitsstrafen infolge der Anfang 2007 in Kraft gesetzten Revision des allgemeinen Teils des schweizerischen Strafgesetzbuches zu optimistisch eingeschätzt hat. Von einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe bis zu deren Vollzug dauert es durchschnittlich sechs bis zwölf Monate. Es ist deshalb einleuchtend, dass ein revisionsbedingter Rückgang der Verur-

*Neuerungen im
Strafgesetzbuch
erst 2008 kosten-
relevant*

teilungen zu Freiheitsstrafen im Jahr 2007 überwiegend erst im Rechnungsjahr 2008 kostenrelevant wird.

Die Statistik des Strafgerichtes zeigt, dass die Zahl der ausgesprochenen unbedingten Freiheitsstrafen von 830 im Jahr 2006 auf noch 155 im Jahr 2007 tatsächlich markant abgenommen hat. Die Finanzkommission ist deshalb der Ansicht, dass die Kosten des Strafvollzugs trotz der konstanten Budgetüberschreitungen in den vergangenen Jahren im Budget 2009 erneut tiefer anzusetzen sind.

Markante Abnahme der Freiheitsstrafen

4.5.3 Vermögen von Bevormundeten

Die Vormundschaftsbehörde verwaltet so genannte Klientenvermögen im Umfang von rund CHF 320 Mio. Darunter befinden sich rund 390 Wertschriftendepots, die bei verschiedenen Bankinstituten angelegt sind. Die Vermögen werden von der Finanzabteilung der Vormundschaftsbehörde betreut. Für die Anlageentscheide und die Mittelbewirtschaftung sind der Abteilungsleiter und sein Stellvertreter zuständig.

Vormundschaftsbehörde verwaltet Klientenvermögen von CHF 320 Mio.

Die rudimentären gesetzlichen Grundlagen für die Vermögensverwaltung von Bevormundeten finden sich im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (§ 100). Im Vordergrund der Vermögensverwaltung steht der Grundsatz der „Mündelsicherheit“ der Anlagen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen hat der Regierungsrat darauf verzichtet, auf Verordnungsstufe ein Verzeichnis zulässiger mündelsicherer Anlagen zu erstellen. Das in Basel-Stadt praktizierte System der Einzelentscheide, das die persönliche Situation des Vermögenseigentümers und die wechselnden Rahmenbedingungen an den Finanzmärkten beachtet, hat sich dem Vernehmen nach bewährt.

Vermögensverwaltung nimmt Rücksicht auf Situation des Eigentümers

Die Vormundschaftsbehörde hat für Neuanlagen im Wesentlichen folgende Praxis etabliert, die sie der Finanzkommission schriftlich und detailliert erläutert hat: Hauptanliegen ist es, die Vermögen von Bevormundeten wirtschaftlich sinnvoll anzulegen, ohne die Anforderungen an die Mündelsicherheit zu verletzen. Kleinere Vermögen werden in Zinspapiere angelegt, bei grösseren Vermögen werden in Würdigung der persönlichen Situation des Klienten auch wachstumsorientierte Dividendenpapiere berücksichtigt. Zu beachten ist, dass die Behörde die Vermögenswerte in den meisten Fällen bereits als Finanzmarktanlagen zur Verwaltung übernimmt. So kommt es vor, dass reine Aktiendepots in Millionenhöhe (mit)betreut werden. Die von der Vormundschaftsbehörde getätigten Anlagen sind laut deren eigenen Angaben tendenziell als „sehr konservativ“ zu bezeichnen.

Wirtschaftlich sinnvolle Anlage ohne Verletzung der Mündelsicherheit

4.6 Sicherheitsdepartement

4.6.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2007	Abweichung zum Budget 2007	Abweichung zur Rechnung zur Rechnung 2006
Aufwand ¹	223,4	-8,1 (-3,5%)	-0,4 (-0,2%)
Ertrag	118,6	1,1 (0,9%)	5,4 (4,8%)
ONA¹	104,8	-9,2 (-8,1%)	-5,9 (-5,3%)

in 100%	Ende 2007	Ende 2006	Differenz
Headcount	1'399,9	1'424,0	-24,1

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Kantonsangestellten (per 1.1.2007 0,4%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Der ONA des Sicherheitsdepartements reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 5,9 Mio. Der Rückgang von CHF 4,1 Mio. beim Personalaufwand ist allerdings nicht nachhaltig. Im Rahmen des Abbaus der Grenzpolizei sind Abgänge im Korps bewusst nicht neu besetzt worden, um die Budgetreduktion per 1.1.2008 ohne Entlassungen umsetzen zu können. Obwohl das Sicherheitsdepartement die Zeitguthaben seiner Mitarbeitenden bereits im Vorjahr abgegrenzt hat, führt die Vereinheitlichung der Abgrenzungsregeln zu einem ausserordentlichen Sachaufwand von CHF 2,4 Mio.

Abbau bei Grenzpolizei senkt ONA des Sicherheitsdepartements

4.6.2 Busseneinnahmen

Die Entgelte aus Ordnungsbussen sind 2007 nochmals um CHF 4,3 Mio. auf CHF 25,6 Mio. gestiegen. Diese Einnahmen sind Folge von insgesamt 443'293 geahndeten Rechtswidrigkeiten – wovon 34% Parkbussen und 62% Geschwindigkeitsübertretungen. Ein Prozent der Bussen betreffen Vergehen von Radfahrern, drei Prozent verschiedene weitere Übertretungen.

Weiter steigende Busseneinnahmen

Erfreulich ist, dass sich die Wertberichtigungen aufgrund nicht einbringbarer Bussen – zumeist wegen nicht möglicher Halterermittlung bei Ausländern – gegenüber dem Vorjahr um fast die Hälfte auf CHF 7,9 Mio. reduziert haben. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Halterermittlungen für fehlbare deutsche Verkehrsteilnehmer seit Juni 2007 auf elektronischem Weg abgewickelt werden können und neu auch Halterabklärungen bei fehlbaren italienischen Verkehrsteilnehmern möglich sind. Eine Vereinbarung mit Frankreich steht kurz vor dem Abschluss.

Wertberichtigungen aufgrund nicht einbringbarer Bussen nehmen ab

Die Finanzkommission stellt fest, dass sich die von ihr verlangte Gleichbehandlung fehlbarer Fahrzeuglenker ausländischer und inländischer Herkunft erstaunlich rasch verbessert hat. Als Teil des Schengen-Raums wird die Schweiz überdies dank des Vertrags über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union (Ratifizierung in der EU für 2008 geplant) Zugriff auf die

Rechtsgleichheit verbessert

automatisierten Datenbanken von Fahrzeughaltern und -lenkern der angeschlossenen Länder erhalten.

4.6.3 Sicherheit

Die Finanzkommission stellt sich regelmässig die Frage, ob die vom Kanton zur Verfügung gestellten Ressourcen ausreichen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Objektiv lässt sich die Sicherheit anhand der Verkehrs- und Kriminalitätsstatistik beurteilen, die subjektiv erlebte Sicherheit durch Bevölkerungsbefragungen messen.

2007 hat die Zahl der polizeilich rapportierten Verkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahr um 3,1% auf 1'746 abgenommen, die Zahl der verletzten Personen um 8,7% auf 600. Der Rückgang entspricht einem langjährigen Trend. Im Zehnjahresvergleich von 1998 bis 2007 nimmt die Zahl der Verkehrsunfälle von 2'906 auf 1'746 ab, die Zahl der Verletzten von 725 auf 529 und die Zahl der Toten von neun auf drei. Regelwidriges Verhalten wurde 2007 bei 705 Unfällen festgestellt.

*Kennzahlen zur
Sicherheit ver-
bessern sich*

Die Kriminalstatistik zeigt für 2007 eine Abnahme der Ermittlungsverfahren um 3% auf 23'149, womit sich eine 2005 eingeleitete Trendwende fortsetzt. 2004 gab es noch 30'394 Ermittlungsverfahren. 2007 war nur ein Tötungsdelikt zu verzeichnen, was im Vergleich mit früheren Jahren auf tiefem Niveau stabil ist. Die Zahl der Verfahren wegen Körperverletzung, Gefährdung des Lebens und Tötlichkeit nahm um 8,5% auf 1'059 ab (2004: 1'328). Raub- und Entreisssdiebstähle haben 2007 um 11% auf 190 zugenommen, gehen im mehrjährigen Vergleich aber ebenfalls zurück (2004: 259). Einbruchdiebstähle haben um 10% auf 930 abgenommen; im Fünfjahresvergleich betrug der Rückgang sogar 36%. Zurückgegangen sind auch die Taschendiebstähle (-18,4%) und die Ladendiebstähle (-12,5%). Deutlich zugenommen haben hingegen betrügerische Computerdelikte (+200%), was für die Ermittlungsbehörden eine neue Herausforderung darstellt. Sexualdelikte haben 2007 ebenfalls abgenommen, Vergewaltigungen um 10,5% auf 34, andere Sexualdelikte um 9,2% auf 208. 2007 mussten 2'009 (+0,6%) Verfahren wegen Zuwiderhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz durchgeführt werden. Im langjährigen Vergleich ist die Zahl der Verfahren auch hier rückläufig (2004: 2'852). Insgesamt zeugen die Verkehrs- und Kriminalitätsstatistik von einer positiven Entwicklung.

Die Bevölkerungsbefragung 2007 zeigt, dass sich 95% der Einwohnerinnen und Einwohner sicher oder sehr sicher fühlen, wobei das Sicherheitsgefühl nachts vor allem bei Frauen und älteren Menschen eingeschränkt ist. Im Vergleich mit der vier Jahre zurückliegenden Umfrage hat das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung etwas abgenommen. Die Themen Kriminalität und öffentliche Sicherheit werden von der Bevölkerung als sehr wichtig eingeschätzt.

*95% der Bevöl-
kerung fühlt sich
sicher bis sehr
sicher*

4.7 Wirtschaft- und Sozialdepartement

4.7.1 Überblick

in Mio. CHF	Rechnung 2007	Abweichung zum Budget 2007	Abweichung zur Rechnung 2006
Aufwand ¹	671,9	-24,1 (-3,5%)	-26,3 (-3,8%)
Ertrag	144,6	4,2 (3,0%)	5,8 (4,2%)
ONA¹	527,4	-28,3 (-5,1%)	-32,1 (-5,7%)

in 100%	Ende 2007	Ende 2006	Differenz
Headcount	235,8	221,0	+14,8

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Kantonsangestellten (per 1.1.2007 0,4%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Der ONA des Wirtschafts- und Sozialdepartement sinkt deutlich um 5,7% oder CHF 32,1 Mio. Wesentlich sind dabei die Verbesserungen im Sozialbereich. Die Sozialhilfe zu Lasten des Kantons und der letztmals ausgerichtete Beitrag an die eidgenössische AHV/IV fallen tiefer als im Vorjahr aus. Bei den Rückforderungen (Debitoren) des Amtes für Sozialbeiträge müssen Wertberichtigungen in Höhe von CHF 4,3 Mio. vorgenommen werden. Zu einem zusätzlichen Aufwand von rund CHF 2 Mio. führt die Abgrenzung der Zeitguthaben.

Sozialaufwand nimmt ab

4.7.2 Sozialbereich

Die Kosten der wichtigsten Nettoausgaben des Kantons im Bereich Soziales sind in Tabelle 4-1 zusammengefasst.

Wichtigste Sozialkosten

Tabelle 4-1: Wichtigste Sozialkosten (netto)

in Mio. CHF	Rechnung 07		Budget 07		Rechnung 06		Abweichung Rechnungen 07/06	
		Anteil in %		Anteil in %		Anteil in %		in %
Prämienvorbereitung	55,3	11,0	59,2	11,1	51,5	10,0	3,8	7,4
Risikobeiträge an Krankenkassen	18,4	3,6	18,4	3,4	23,0	4,4	-4,6	-20,0
Ergänzungsleistungen	147,2	29,2	141,7	26,6	141,5	27,4	5,7	4,0
Beihilfen	28,3	5,6	30,2	5,7	29,5	5,7	-1,2	-4,1
Sozialhilfe zu Lasten Kanton	134,4	26,6	156,0	29,2	144,7	28,0	-10,3	-7,1
Beitrag an eidgenössische AHV/IV	121,2	24,0	128,0	24,0	127,0	24,6	-5,8	-4,6
Total	504,8	100,0	533,5	100,0	517,2	100,0	-12,4	-2,4

Diese Tabelle, früher regelmässig Bestandteil des Rechnungs- und Budgetbuchs, fehlt im neuen Jahresbericht. Die Finanzkommission erwartet, dass der Regierungsrat diese Zusammenstellung auch künftig bei Vor-

lage des Budgets publiziert sowie ebenfalls im nächsten Jahresbericht abbildet.

Die Finanzkommission ist sehr erfreut, dass bei der Sozialhilfe ein Rückgang der Ausgaben zu verzeichnen ist. 2007 verursachte diese Nettokosten von CHF 134,4 Mio. – und fiel damit zum ersten Mal seit der Neuberechnung 2001 tiefer als im jeweiligen Vorjahr aus. Neben der besseren Wirtschaftslage zeigen die zahlreichen Projekte der Sozialhilfe Basel erste erfreuliche Ergebnisse. Es sei an dieser Stelle auf den ausführlichen Mitbericht der Subkommission Sozialkosten der Finanzkommission und der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rats zum Ratschlag vom 16.10.2007 betreffend die Änderung des Sozialhilfegesetzes verwiesen, der die Entwicklungen der letzten Jahre und deren Hintergründe im Detail darlegt.

Nettokosten der Sozialhilfe erstmals seit Langem rückläufig

Die Finanzkommission hat einen deutlichen Anstieg der beim Wirtschafts- und Sozialdepartement eingereichten Rekurse von 181 (2006) auf 246 (2007) festgestellt. Diese Rekurse richten sich in erster Linie gegen Verfügungen der Sozialhilfe. Gründe dafür sind gemäss Departement die härtere Praxis der Sozialhilfe sowie die gestiegene Bereitschaft, gegen einen Behördenentscheid Rekurs einzulegen. Das Verfahren ist für die Rekurrierenden kostenlos. Mit einer Kostenpflicht liesse sich die Anzahl Rekurse kaum reduzieren, da im Gegenzug Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege in den allermeisten Fällen gutzuheissen wären.

Deutlich mehr Rekurse gegen Sozialhilfe-Entscheide

Die Ausgaben für Ergänzungsleistungen, die 2007 neu höher als diejenigen der Sozialhilfe ausgefallen sind, steigen vor allem im Heimbereich. Zurückzuführen ist dies auf die automatische Anpassung der Tarife an die Teuerung und die nach wie vor steigende Zahl von betagten Menschen. Die Anzahl Bezügerinnen und Bezüger hat sich zwischen 2005 und 2007 um 3,1% (Ergänzungsleistungen zur AHV) bzw. 5,1% (Ergänzungsleistungen zur IV) erhöht. Die ausbezahlten Ergänzungsleistungen werden individuell durch die Summe aller Einnahmen abzüglich der effektiven oder festgelegten Ausgaben berechnet. Höhere Ergänzungsleistungen bei älteren Personen sind meistens Folge von steigenden Kosten, etwa beim Eintritt in ein Pflegeheim oder wegen der Verschlechterung der Gesundheit.

Ausgaben für Ergänzungsleistungen auf steigendem Ast

4.8 Gerichte

in Mio. CHF	Rechnung 2007	Abweichung zum Budget 2007	Abweichung zur Rechnung 2006
Aufwand ¹	53,1	5,6 (11,9%)	6,7 (14,3%)
Ertrag	31,4	0,8 (2,5%)	1,0 (3,3%)
ONA¹	21,8	4,9 (28,9%)	5,6 (35,1%)

in 100%	Ende 2007	Ende 2006	Differenz
Headcount	228,5	218,1	+10,4

¹ Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen der Kantonsangestellten (per 1.1.2007 0,4%) wird im Budget zentral eingestellt, in der Rechnung aber bei den Departementen ausgewiesen.

Die Ursache für den deutlich steigenden ONA der Gerichte liegt auf der Aufwandseite. Beim Appellationsgericht hat der Aufwand um 34,8%, beim Gericht für Strafsachen um 26,2% und beim Sozialversicherungsgericht um 10,2% zugenommen. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf den steigenden Personalaufwand. Unter anderem schlagen Einkäufe in die Pensionskasse zu Buche.

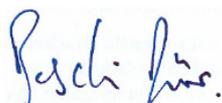
Steigender Personalaufwand erhöht ONA der Gerichte

5 Antrag an den Grossen Rat

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat mit 9:1 Stimmen ohne Enthaltungen, die Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Stadt zu genehmigen.

Sie hat diesen Bericht an ihrer Sitzung vom 29. Mai 2008 mit 10:0 Stimmen ohne Enthaltungen verabschiedet und ihren Präsidenten zum Sprecher bestimmt.

Im Namen der Finanzkommission



Baschi Dürr, Präsident

Beilage

Entwurf Grossratsbeschluss

Anhang 1: Dringliche Kreditbewilligungen 2007

Gemäss § 25 Finanzhaushaltsgesetz beschliesst der Regierungsrat nicht im Budget enthaltene, dringliche Ausgaben mit Zustimmung der Finanzkommission und legt den Beschluss dem Grossen Rat an dessen nächster Sitzung zur Kenntnisnahme vor.

Im Jahr 2007 hat die Finanzkommission einen dringlichen Kredit bewilligt und keinen abgelehnt.

Tabelle A1-1: Dringliche Kreditbewilligungen 2007

Nr.	Betreff	Betrag in CHF	Datum
1	Ersatz Bombenentschärfungsroboter	390'000	15.2.2007

Tabelle A1-2: Dringliche Kreditbewilligungen seit 2001

Rechnung	Anzahl Kredite	davon bewilligt	bewilligtes Kreditvolumen in CHF
2007	1	1	390'000
2006	7	6	6'530'100
2005	7	7	3'120'000
2004	1	1	108'000
2003	17	15	7'993'000
2002	5	5	3'158'000
2001	2	2	713'000

Anhang 2: Revisionsberichte Finanzkontrolle 2007

Die Finanzkontrolle ist gemäss § 14 Finanzkontrollgesetz zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes, unter anderem der Staatsrechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen, der Anstalten und Betriebe des Kantons. Sie bringt der Finanzkommission die Ergebnisse ihrer Prüftätigkeit regelmässig in Form von Revisions- und anderer Berichte zur Kenntnis.

Im Jahr 2007 hat die Finanzkommission die in Tabelle A2-1 aufgeführten Berichte der Finanzkontrolle erhalten. Sie hat deren Inhalt zur Kenntnis genommen, teilweise intern beraten und mit der Finanzkontrolle und/oder den betroffenen Departementen und Dienststellen besprochen.

Tabelle A2-1: Berichte der Finanzkontrolle 2007

DS-Nr.	Name	Nr.	Datum
Kanton Basel-Stadt			
1000	Kanton Basel-Stadt – Management Letter Staatsrechnung 2006	25	25.04.07
Gerichte			
1110	Appellationsgericht, Jahresrechnung 2006	59	26.07.07
Erziehungsdepartement			
205000	Amt für Ausbildungsanträge, Zwischenprüfung 2007	71	01.10.07
205001	Amt für Ausbildungsanträge, Jahresrechnung 2006	19	19.03.07
262000	Allgemeine Gewerbeschule Basel, Zwischenprüfung 2007	90	29.11.07
263000	Schule für Gestaltung, Zwischenprüfung 2007	85	28.11.07
265000	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Jahresrechnung 2006	44	11.06.07
271000	Ressort Hochschulen, Zwischenprüfung 2007	86	14.11.07
271001	Universität Basel, Eröffnungsbilanz 1.1.07	26	20.04.07
271003	Fachhochschule Nordwestschweiz, Soll-Raumprogramm	106	18.12.07
280000	Ressort Kultur, Zwischenprüfung 2007	75	28.09.07
295000	Ressort Dienste, Schwerpunktprüfung 2007	57	26.07.07
295002	Sonderschulheim Zur Hoffnung, Jahresrechnung 2006	35	22.05.07
295003	Heilpädagogische Schulen, Jahresrechnung 2006	36	22.05.07
295004	Heilpädagogische Kindergärten, Jahresrechnung 2006	37	22.05.07
295007	Wohnheime behinderte Erwachsene, Jahresrechnung 2006	38	22.05.07
295008	Schulheim Gute Herberge, Riehen, Jahresrechnung 2006	9	13.02.07
295009	Psychotherapiestation, Basel, Jahresrechnung 2006	10	13.02.07
295010	Schulheim Waldschule, Pfeffingen, Jahresrechnung 2006	11	13.02.07
299100	Stiftung "Wildt'sches Haus", Jahresrechnung 2006	21	27.03.07
299300	Stiftung zur Förderung Niederländischer Kunst, Jahresrechnung 2005	7	29.01.07
299300	Stiftung zur Förderung Niederländischer Kunst, Jahresrechnung 2006	53	18.09.07
299400	Volkshochschule, Jahresrechnung 2006/2007	95	03.12.07
299800	Stiftung Schweizer Sportmuseum, Jahresrechnung 2006	29	05.07.07

DS-Nr.	Name	Nr.	Datum
299901	Kreiskommission Lehrabschlussprüfungen Verkaufspersonal, Jahresrechnung 2006	48	21.06.07
299902	Kommission gewerbliche Lehrabschlussprüfungen, Jahresrechnung 2006	47	21.06.07
Justizdepartement			
300000	Justizdepartement, Schwerpunktprüfung 2007	60	26.07.07
310000	Zivilstandsamt, Schwerpunktprüfung	62	03.08.07
311000	Wohnheim Klosterfiechten, Schwerpunktprüfung	56	03.09.07
313000	Freiheitsentzug und Soziale Dienste, Schwerpunktprüfung	92	03.12.07
313001	Interkantonale Strafanstalt Bostadel, Zug, Jahresrechnung 2006	18	20.03.07
313001	Interkantonale Strafanstalt Bostadel, Zug, Prüfung der Bauabrechnung	58	18.07.07
399100	Alexander Clavel Stiftung, Jahresrechnung 2006	23	12.04.07
399200	Weg der Schweiz, Jahresrechnung 2006	28	25.04.07
399500	Schweizerische Datenschutzbeauftragte, Jahresrechnung 2006	32	10.05.07
399600	Infobest Palmrain, Jahresrechnung 2006	20	23.03.07
399601	Regio Basiliensis (Interreg III), Revision des Bankkontos Bundesbeiträge IIIA	88	12.11.07
Finanzdepartement			
403000	Finanzverwaltung, Kassenrevision	1	18.01.07
403000	Finanzverwaltung, Schwerpunktprüfung	54	07.08.07
405000	Immobilien Basel-Stadt, Kassenprüfung	69	15.08.07
405000	Immobilien Basel-Stadt, Zwischenprüfung 2007	72	21.09.07
406000	Zentrale Informatik-Dienststelle, Kassenprüfung	70	15.08.07
407000	RWC, Zwischenprüfung 2007	68	28.08.07
411000	Dreispietzverwaltung, Kassenrevision	3	17.01.07
412000	Parkhäuser, Kassenrevision	33	18.06.07
420000	Immobilien Basel-Stadt, Zwischenrevision	97	03.12.07
499500	Schweizerische Informatikkonferenz (SIK), Jahresrechnung 2006	14	27.02.07
499500	SIK Management-Letter zur Jahresrechnung 2006	15	12.06.07
Sicherheitsdepartement			
500000	Stiftung St. Jakobs-Fonds, Jahresrechnung 2005	13	21.02.07
500000	Fürsorgekasse der Feuerwehr Basel-Stadt, Jahresrechnung 2006	27	21.09.07
500000	Autoeinkaufskommission, Verkauf ausgemusterter Fahrzeuge	42	04.06.07
501000	Lotteriefonds, Sonderrechnung 2006	49	21.09.07
506005	Polizeikonkordat Nordwestschweiz, Jahresrechnung 2006	8	01.02.07
506005	Polizeikonkordat der Nordwestschweiz (PKNW), Jahresrechnung 2006	41	30.05.07
509000	Rettung, Schwerpunktprüfung 2007	79	26.11.07
510000	Bevölkerungsdienste und Migration, Schwerpunktprüfung	61	23.10.07
599100	Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP), Münchenstein, Jahresrechnung 2006	24	07.02.07
Baudepartement			
600000	Baudepartement, SAP-ERP HR Prozesse	76	30.08.07
601000	Departementssekretariat BD - Fonds Mehrwertabgaben 2004 - 2006	78	18.09.07
614000	Stadtgärtnerei, Schwerpunktprüfung	77	26.09.07
617001/2	Tiefbauamt, Bereich Nationalstrassen, Baulicher Unterhalt / Personal-	50	26.07.07

DS-Nr.	Name	Nr.	Datum
	und Verwaltungskosten		
617002	Tiefbauamt, Bereich Nationalstrassen, Inventar des Anschaffungswesens 2006	34	21.06.07
617002	Nationalstrassen, Projektprüfung Abschnitt 2 Nordtangente	73	20.08.07
617002	Tiefbauamt, Zwischenrevision im Bereich Landerwerb für die Nationalstrassen	83	31.12.07
621000	Abfallbewirtschaftung, Schwerpunktprüfung	55	31.07.07
640000	Hochbau- und Planungsamt, Bauabrechnung Ausschaffungsgefängnis Bässlergut	2	11.01.07
651000	Hochbau- und Planungsamt, Schwerpunktprüfung	89	17.12.07
Gesundheitsdepartement			
702000	Gesundheitsdienste, Abteilung "Sucht", Kundengelder	43	05.06.07
709000	Schlachthof Basel, Jahresrechnung 2006	64	28.08.07
709000	Schlachthof Basel, Erläuterungsbericht	65	28.08.07
733000	Felix Platter-Spital, Zwischenrevision 2007	83	26.11.07
733000	Felix Platter-Spital, Bestätigungsbericht	94	04.12.07
735000	UPK Spektrum, Prüfung der Betriebsrechnung 2006	63	06.08.07
735000	UPK, SAP ERP HR Prozesse	74	23.10.07
735000	UPK, Bestätigungsbericht	93	04.12.07
799100	Kantonale Viehversicherung, Betriebsrechnung 2006	66	06.08.07
799200	Krebsregister beider Basel, Betriebsrechnung 2006	67	22.08.07
799700	Ethikkommission beider Basel, Jahresrechnung 2006	45	05.06.07
Wirtschafts- und Sozialdepartement			
801001	Projektfonds Stadtmarketing "AG Bundesfeier am Rhein" Schlussabrechnung 2005	4	18.01.07
801001	Projektfonds Stadtmarketing "AG Bundesfeier am Rhein" Schlussabrechnung 2006	5	18.01.07
801001	Projektfonds Stadtmarketing, Bericht der Kontrollstelle	6	23.01.07
806000	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA), Schwerpunktprüfung	91	03.12.07
807000	Amt für Sozialbeiträge (ASB) Prämienverbilligung Jahresrechnung 2006	52	28.06.07
813000	Rheinschiffahrtsgesellschaft (RSD), Schwerpunktprüfung 2007 Follow-up	40	11.06.07
890200	Sozialhilfe der Stadt Basel, Jahresrechnung 2006	39	24.05.07
890200	Sozialhilfe der Stadt Basel, Jahresrechnung 2006	51	27.06.07
890700	Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Bestätigungsbericht zur Jahresrechnung 2006	81	23.10.07
890700	Arbeitslosenfonds Basel, Bestätigungsbericht zur Jahresrechnung 2006	82	23.10.07
890800	KBB Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel, Jahresrechnung 2006	22	02.04.07
890900	Verein TGV via Basel, Jahresrechnung 2006	12	19.02.07
895100	Unfallversicherungskasse des Basler Staatspersonals (UVK), Jahresrechnung 2006	31	25.10.07
899000	Wirtschaftsförderung BS und BL, Jahresrechnung 2006	80	26.09.07
899100	Stiftung Kabelnetz, Jahresrechnung 2006	30	07.05.07
899100	Stiftung Kabelnetz, Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung 2006	46	11.06.07
899200	Basler Personenschiffahrtsgesellschaft AG (BPG), Prüfung der Neuausrichtung	84	02.11.07

Anhang 3: Statusberichte 2007

Die Finanzkommission hat 2007 von den Departementen die folgenden Projektstatusberichte und Zwischenberichte erhalten und deren Inhalt geprüft.

Tabelle A3-1: Status- und Zwischenberichte 2007

Titel	Departement	Datum
Statusbericht PKC (Projekt- und Kostencontrolling)	Baudepartement	5.4.07
Projektstatusbericht RATIO (Rationalisierung der Steuererhebung) per 31.12.06 / Projektstatus- und Abschlussbericht	Finanzdepartement	9.2.07 / 25.9.07
Projektstatusberichte Zentrale Raumdienste per 31.12.06 und per 30.6.07	Finanzdepartement	15.2.07 / 25.7.07
Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Neukonzeption der Personenschiffahrt sowie die Pläne für die BPG AG und die drei Fahrgastschiffe "Lällekönig", "Basler Dybli" und "Christoph Merian" per 31.5.07	Wirtschafts- und Sozialdepartement	13.6.07
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Mittelentnahme zu Lasten der Staatsrechnung 2006 / Massnahmen und Projekte 2008	Wirtschafts- und Sozialdepartement	27.4.07 / 6.6.07
Zwischenberichte Staatsarchiv, Informatisierung Phase II per 31.12.06 und per 30.6.07	Wirtschafts- und Sozialdepartement	7.2.07 / 17.8.07